

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind
und der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 80 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch unsere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 30 Pfg., die dreispaltige Beilage. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die sechs Wochentage zum Versand kommen: Ausgabe bis Montag (11) in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Iserstraße 14, sein, zu welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. Telefon: Nr. 4102.

Nr. 16. Auflage 84 000 Chemnitz, Freitag den 20. April 1906. Auflage 84 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Bandwebern, Webern und Wirtzen in Aisch i. B., Webern und Weberinnen in Lörrach (Mech. Buntweberei), Textilarbeitern und Arbeiterinnen überhaupt in Braunschweig, Landeshut in Schlesien, Kassel (Größlich & Wolf), Althausen i. Gl., Baumwollwebern und Weberinnen in Dietikon bei Zürich, Seidenstoffwebern in Ober- u. Unter- u. Niderrhein (Siegrill), Seidenwebern in Ergingen (Stehli), Baumwollspinnern in Leipzig, Webern in Rheindt (C. M. Junfers), Kottbus, Sommerfeld, Forst, Guben, Vetschau, Pätz, Spremberg, Gummiwandwebern in Wien, Samtwebern in W.-Glabach (Gebr. Hülsmann), Spinnerarbeitern in Ebersbach i. Sa. (Sermann Wünsche Erben), Pofamentierern in Eberfeld-Barmen, Offenbach a. M., Webern in Schwalg bei Erding, in Nagen, Spinnerarbeitern in Haslau (Bez. Nsch), Ausnäherinnen in Hainichen (Glaser Nachf.), Färbereiarbeitern in Nagen, Weibern in Friedland Bez. Breslau (Kall), Webern, Spinnern, Spülerinnen u. in Rheine.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes unseres Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter für die Jahre 1904 und 1905

Am Ende des Jahres 1905 zählte der Verband über 90 000 Mitglieder. Als glücklicher Griff wird die Anstellung von Gauleitern bezeichnet und der weitere Ausbau des Gauwesens als wünschenswert hingestellt. An der Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung haben sich 46 118 Mitglieder beteiligt. Davon stimmten 10 287 für, 35 846 gegen die Unterstüfung. Die Krankenunterstützung erforderte in den zwei Geschäftsjahren 155 988,30 Mk. In der Berichtszeit hatte der Verband 18 Abwehrstreiks, 24 Angriffstreiks, 21 Ausperrungen zu bestehen. An den 18 Abwehrstreiks waren 652 männliche und 296 weibliche, im ganzen 948 Personen beteiligt, an den 24 Angriffstreiks 3171 männliche, 2317 weibliche, zusammen 5488 Personen, an den 21 Ausperrungen 17 317 männliche, 14013 weibliche, zusammen 31 338 Personen. Die Kosten betragen 592 858 Mk. Von den 18 Abwehrstreiks waren 9 erfolgreich, 9 teilweise erfolgreich, 8 erfolglos. Von den 24 Angriffstreiks waren 10 erfolgreich, 12 teilweise erfolgreich, 1 erfolglos. Von den 21 Ausperrungen waren 6 teilweise erfolgreich, 15 aber erfolglos. Die Angriffstreiks sind also am erfolgreichsten gewesen. Besonderes Gewicht wurde auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Neugegründet wurden in der Berichtszeit 73 Ortsgruppen, erloschen sind 21. Der Jahresbericht umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 1903 bis 31. Dezember 1905. Die Einnahme betrug 2 179 813,96 Mk., die Ausgabe 2 084 408,75 Mk. Bestand am 31. Dezember 1905: 105 212,97 Mk.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Genosse Paul Umbreit schreibt darüber in der „Neuen Gesellschaft“:
Es wird in deutschen Gewerkschaftskreisen wenige Missionsstellen geben, die dem juristisch dem Bundesrat vorliegenden Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsfähigkeit der eingetragenen Berufsvereine, mit großer Erwartung entgegensehen. Nicht, daß die Gewerkschaften etwa einer Gesetzgebung, die ihre öffentlich-rechtliche Stellung verhältnismäßig regelt und ihr Wirken dadurch erleichtert, nicht bedürfen, — sie würden sich, bestehend genug, schon mit einem Verzicht der Staatsorgane auf alle die bisher in so weitem Umfange beliebten Erschwerungen der Gewerkschaftspraxis begnügen, — sondern weil von dem herrschenden Regierungskurs ein solches verständnisvolles Eingehen auf die Gewerkschaftsbewegung nicht zu erwarten ist. Der Ton, auf den die meisten seiner Kundgebungen gestimmt sind, läßt eher das Gegenteil erwarten: Beschränkung der Streikfreiheit, Verkümmern des Einflusses auf die Arbeiterversicherung, auf die Gewerbesteuer und andere bestehende und geplante Arbeiterverletzungen. Von einer Regierung, die die deutschen Gewerkschaften lediglich deshalb geflissentlich mißachtet, weil deren Mitglieder zum weitestgehenden Teile ihre politische Betätigung innerhalb der Sozialdemokratie suchen, Förderung der freien Gewerkschaftsbewegung zu erhoffen, das hieße Feigen von Dornen ernten wollen. Wenn trotzdem diese Regierung nach Jahrzehntelanger Untätigkeit an die Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine herantritt, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß sie den Gewerkschaften mehr als bisher die Stellung eines Rechtsobjektes zuweisen will. In der Tat weisen nicht wenige Präferenzierungen und Mitteilungen darauf hin,

daß etwas Derartiges mit der gegenwärtigen Vorlage beabsichtigt wird. Man weiß bereits, daß die Eintragung der Berufsvereine von der statutarischen Verpflichtung, etwaige Arbeitskonflikte vorher einem schiedsgerichtlichen Ausgleich zu unterbreiten, abhängig gemacht werden soll, daß die Streichung eines Berufsvereins vorgesehen ist, der Arbeitsniederlegungen in Staats-, Gemeinde- und anderen Betrieben öffentlichen Interesses veranlaßt und dergleichen mehr. Kühner äußern sich noch die Hoffnungen der konservativen und industriellen Scharmacher, die die Gewerkschaften in weitestem Umfange für die Innehaltung der von ihnen eingegangenen Tarifverträge und für jeden von ihren Mitgliedern durch Streiks, Sperren oder Boykotts angerichteten Schaden mit ihrem Gesamtvermögen haftbar machen möchten. Schrieb doch die „Kreuzzeitung“ im Oktober 1905, daß ihres Erachtens die Neuordnung der Haftpflicht der Gewerkschaften für die Handlungen ihrer Beamten den Angelpunkt für die Zukunft der Arbeiterbewegung überhaupt bedeute, und daß die Forderungen, die Gewerkschaften und ihre Leiter für ihre Beteiligung an streikenden Streiks, insbesondere nachdem das Einigungsamt des Gewerbegerichts seinen Schiedsspruch gefällt habe, finanziell verantwortlich zu machen, als höchst beachtenswert bezeichnet werden müsse. Ihr sekundiert die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, die in der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine die einzige Handhabe erblickt, dem „Streikunfug“ entgegenzutreten, „sofern dadurch die Gewerkschaftsführer persönlich für den von ihnen in Gestalt von streikenden Störungen des Arbeitsfriedens angerichteten Schaden verantwortlich gemacht werden“. Das Blatt erwartet sogar, daß bei der Beratung des Gesetzentwurfs die Diskussion zugleich auf die Frage des Generalstreiks gelenkt und ein Hochverratsgesetz gegen politische Streiks angenommen werde.

Zeigen diese liebevollen Anregungen zur Genüge, wie sich die „Rechtsfähigkeit“ der Gewerkschaften in den Köpfen ihrer intimsten Gegner maßt, so ist die Freude anderer bürgerlicher Kreise ob des angekündigten Entwurfs nicht minder verächtlich. Sie hoffen auf eine gewisse Privilegierung derjenigen Berufsvereine, deren mehr oder weniger verhillter Zweck die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist. Im Reichstag gaben die Abgeordneten Mugdan und Wachnide dieser Auffassung offenen Ausdruck; beide wollen die antisozialdemokratischen Gewerkschaften durch Verleihung der Rechtsfähigkeit fördern. Dies scheint zugleich auch die geheime Triebfeder des Vorgehens der Regierung zu sein, die, nachdem sie einsehen mußte, daß weder Ausnahmegeetze noch Klassenjustiz die Entwicklung der freien Gewerkschaften hindern konnten, es nun wahrscheinlich mit der Privilegierung der Sonderorganisationen versuchen möchte. Dazu hätte es ja freilich kein Gesetz bedurft, denn schon bisher konnten gewisse Vereine als juristische Person privilegiert werden. Aber die Beschränkungen, denen sich solche Vereine unterwerfen mußten, hatten zur Voraussetzung, daß sie völlig aus den Reihen des wirtschaftlichen Kampfes ausstiegen, und zur Folge, daß sie damit zugleich jeden Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung verloren. Berufsvereine, die ernstlich den Wettbewerb mit den freien Gewerkschaften aufnehmen wollten, konnten sich einer solchen Einengung ihrer Bewegungsfreiheit nicht aussetzen und mußten schon deshalb auf die Eintragung verzichten. Das soll ihnen nun jedenfalls bis zu einer gewissen Grenze erleichtert werden, — man hofft, sie durch Verleihung rechtlicher Vorteile zu fördern und zu einer Schutztruppe gegen die freie Arbeiterbewegung zusammenzuführen. Noch mehr rechnen aber die bürgerlichen Parteien damit, durch eine Privilegierung die ihnen nahestehenden Berufsvereine allmählich den wirtschaftlichen Kämpfen zu entfremden, da diese die freie Gefahr des Hinabgleitens in die Reihen der Sozialdemokratie mit sich bringen. Die Teilnahme des christlichen Gewerbevereins der Bergleute am Ruhrkohlenarbeiterstreik genügt für die Grundherren, diesen Verein dem „sozialdemokratischen“ alten Verband gleichzustellen. Kann es da befremden, wenn die christlichen Arbeiter schließlich selber keinen Unterschied mehr zwischen ihrem Gewerbeverein und der älteren und stärkeren Organisation erkennen? Die Verleihung der Rechtsfähigkeit soll dazu beitragen die antisozialdemokratischen Berufsvereine von der Waffenbrüderschaft mit freien Gewerkschaften zurückzuhalten und eine unübersteigbare Schranke zwischen ihnen und den anderen aufzurichten.

Und zuletzt hofft die Regierung wohl selber noch ein wenig, daß auch die freien Gewerkschaften die Vorteile einer gesicherten Rechtsstellung schätzen und ihr zuliebe manches von ihrem ungestümen Drange opfern, sich vielleicht sogar der Ruhe des Besitzes hingeben und jede Beeinträchtigung dieses Besitzes ängstlich meiden würden. Wenigstens lebt ja die bürgerliche Sozialpolitik noch immer in dem Gedanken, durch eine staatlich anerkannte Gewerkschaftsbewegung könne die Sozialdemokratie überwunden werden. Deshalb auch ihre liebste Gemütskur bei der bevorstehenden Einbringung des Entwurfs, der die Rechtsfähigkeit der Gewerbevereine anerkennen soll. Wir hätten nun zwar gegen die Gleichstellung der Gewerkschaften mit bürgerlichen Korporationen gewiß zu allererst etwas einzuwenden,

wenn diese Anerkennung ehrlich und vorbehaltlos erfolgt, und könnten es schon einmal auf eine Probe aufs Exempel ankommen lassen. Es zeigt sich aber, daß die bürgerliche Gesellschaft eine ernsthafte und starke Gewerkschaftsbewegung ebenso wenig vertragen kann wie eine Sozialdemokratie, — daß sie auch nicht-sozialdemokratische Gewerkschaften ächtet, wenn diese vor Kämpfen nicht zurückschrecken, daß sie jeden Widerstand gegen ihre Ausbeutung unterdrücken will, ohne nach dem Parteiprogramm zu fragen.

Unter solchen widerstreitenden Einflüssen wird der bevorstehende Gesetzentwurf kaum mehr als ein Gelegenheitsgesetz werden, das auf die weitere gewerkschaftliche Entwicklung so gut wie gar keine Wirkung auszuüben vermag. Um den antisozialdemokratischen Gewerbevereinen die Rechtsfähigkeit erstrebenswert zu machen, darf das Gesetz nicht mit allzu sehr beschränkenden Bestimmungen besetzt sein, denn auch diese Berufsvereine können den wirtschaftlichen Kämpfen nicht immer ausweichen, müssen also die gleiche Bewegungsfreiheit beanspruchen wie die Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes. Jede Förderung, die solcherart die bürgerlichen Berufsvereine erfahren würden, käme aber nicht minder den freien Gewerkschaften zu gute, deren Förderung nicht zu dem Zweck des Gesetzentwurfs gehören dürfte. Man wird also die gewährten Privilegien durch Verklausulierung derart erschweren, daß sie nicht bloß für unsere Gewerkschaften, sondern auch für deren Konkurrenten praktisch bedeutungslos bleiben. Schon die Bloßstellung der Mitglieder eingetragener Berufsvereine durch Auslegung der Mitgliederlisten bei der Registerschöpfung trifft die unter dem Druck der Unternehmer in gleicher Weise leidenden christlichen Gewerkschaften ebenso sehr wie die freien Gewerkschaften, da sie die ersteren der Gefahr der Maßregelung aussetzt, um so mehr, wenn der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter verschärft wird durch den Kampf zwischen konfessionellen und interkonfessionellen Gewerkschaften. Wo solche Gegensätze aber schärfer hervortreten, und das trifft für alle großindustriellen Gebiete zu, da muß auch die Bloßstellung des Vermögens des Berufsvereins für zivilrechtliche Angriffe den letzteren genau so verhängnisvoll werden als der Klasse bewußte Arbeiterkraft durch ihre exprobierte Opferwilligkeit leichter über solche Fährnisse hinwegkommt. Dabei ist zu erwägen, daß das Klassenwesen der christlichen Gewerkschaften noch sehr unentwickelt ist und die Möglichkeit des Erwerbs von Grundbesitz für sie viel ferner liegt als für die freien Gewerkschaften, jedoch ihr Bedürfnis für Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit kein allzubeherrschendes ist. Auch auf dem Gebiet der Tarifverträge, dem einzigen, auf welchem die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine uneingeschränkt von Nutzen wäre, sind die christlichen und freistündigen Berufsvereine viel weniger selbstständig engagiert als die freien Gewerkschaften, und es ist auch nicht zu erwarten, daß die Arbeitgeber sich diesen Sonderorganisationen gegenüber rechtlosigster verbinden würden als den großen Verbänden. So ist das Interesse der Berufsvereine an einer rechtlichen Sonderstellung mehr ein imaginäres, und sollte diese noch mit Einschränkungen der Bewegungsfreiheit erkauf werden müssen, so werden auch die antisozialdemokratischen Gewerkschaften bald ein solches Danaergeschenk danken und die für sie nicht minder notwendige Elbogenfreiheit jeder Bevormundung vorziehen.

Ein größeres Interesse an wirklicher Rechtsfähigkeit hätten zwar die freien Gewerkschaften, nicht lediglich ihrer bedeutenden Unterstüfungseinrichtungen und Vermögen halber, sondern um sie zu befähigen, wirksamer als bisher die Rechte ihrer Mitglieder zu wahren und die mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarifverträge rechtsträftiger zu gestalten, sie besser gegen Tarifbruch von Seiten der Unternehmer wie auch ungesetzlicher Mißbräucher zu schützen. Wäre es nicht auch ein solches Interesse, die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation erzielt werden können. Das alles soll keineswegs unterschätzt werden. Aber wichtiger als diese Vorteile ist für jede Gewerkschaft die Konfessionsfreiheit und die Freiheit der Selbstverwaltung, unbeeinträchtigt durch mißgünstige Behörden und Gerichte, die ängstlich darüber wachen, ob das Statut nicht irgendwo verletzt und ein Mitglied in seinen Rechten geschädigt sein könnte. Auch ohne Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit sind die Gewerkschaften groß und stark geworden und fähig, ein neues, in mehr denn 1000 Tarifverträgen niedergelegtes Recht zu schaffen, sowie dessen Anerkennung zu erzwingen, — während die Ohnmacht sozialistischer Berufsvereine selbst durch die beste Rechtsstellung nicht dauernd gebremst werden könnte. Trotz mangelnder Rechtsfähigkeit üben die Gewerkschaften auf die Rechtsprechung in den Gewerbegerichten sowie in der Arbeiterversicherung einen weitgehenden Einfluß aus, und ihre Unterstüfungseinrichtungen sind getragen von dem ungeteilten Vertrauen der Mitglieder, während die Regierung nicht einmal im Stande war, Tausende von Unbemittelten vor dem Schwundpraktiken rechtlosiger, haantlich beauftragter Schwindeltäfel zu schützen. Und trotz mangelnder Anerkennung haben die rechtlosen Gewerkschaften Arbeitersekretariate errichtet, die für die Regierung vorbildlich wurden,

Gewerkschaftliches.

Im englischen Unterhause brachte der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes ein, durch den die bestehenden Gewerkschaftsgesetze, betreffend die Trades-Unions und die Ausländer, abgeändert werden sollen. Der Antragsteller erklärte, der Entwurf sei nötig geworden infolge der Entscheidung, die die Gerichte in dem bekannten Laff-Pale-Prozesse getroffen hatten, in dem als recht anerkannt worden war, daß Schadensersatz für die Folgen ungesetzlichen Vorgehens von Mitgliedern einer Trades-Union während eines Ausstandes aus dem Vermögen des betreffenden Gewerkschafts erwirkt werden kann, auch wenn dieses Vorgehen nicht durch das Exekutiv-Komitee derselben gutgeheißen worden sein sollte. Walton betonte die Forderung der Arbeitervertreter, daß das Vermögen der Trades-Unions ganz und gar gegen derartige Ansprüche geschützt sein sollte. Shadleton (Arbeiterpartei) erklärte, die Arbeiterpartei lehne mit dem Gesetzentwurf nicht zufrieden sein, die Forderung habe bei den Wahlen versprochen, die Forderung der Arbeiterpartei für die Notwendigkeit aus, die Bestimmungen des Gesetzes in dem Sinne auszudehnen, daß Erstattungen für Streikschäden gegen das Vermögen der Gewerkschaften überhaupt nicht geltend gemacht werden können. Schließlich wurde die erste Lesung des Entwurfs angenommen.

130 14 Mitglieder zählte nach der letzten abgehaltene Abrechnung am Jahresabschluss der Deutsche Holzarbeiterverband. Die Zunahme beträgt im ganzen Jahre 2175 oder 23,1 Prozent. Der Vorstand der genannten Organisation bemerkt dazu, daß die Steigerung angesichts der großen wirtschaftlichen Erfolge noch nicht befriedigend, daß also im laufenden Jahre noch viel und intensiver agitiert werden müsse.

Soziales.

Eine Dienstmädchen-Organisation für das ganze Deutsche Reich ist geplant. In Nürnberg ist der erste Verein mit über 100 Mitgliedern durch die Arbeitersekretärin Fräulein Grünberg gegründet worden, er nimmt auch Waisfrauen und Anwärterinnen, überhaupt das ganze weibliche Dienstpersonal auf. An die Schaffung eines eigenen Organisationsorgans soll auch demnächst gedacht werden. Hoffentlich gedeiht die neue Organisation gut. Wichtig ist sie, um die weichen Sklavinnen endlich aus ihrer mehr oder weniger Lage zu erlösen. Auch in Berlin scheint, wie man uns von dort mitteilt, jetzt die Sache in Fluss zu kommen.

Eine Ausdehnung der Unfallversicherungsversicherung auf belgische Staatsangehörige in Deutschland hat durch Beschluß des Bundesrats mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1905 ab stattgefunden. Nach der bestehenden Gesetzgebung nicht den Hinterbliebenen eines Ausländers, der in Deutschland einen Unfall erleidet, wenn sie zur Zeit des Unfalls ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Inlande haben, ein Anspruch auf Unfallrente nicht zu. Ebenso schreibt das Gesetz das Fehlen des Rentenbezuges für die berechtigten Ausländer vor, solange diese nicht im Inlande ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Durch den genannten Bundesratsbeschluß sind diese Beschränkungen zu Gunsten der Angehörigen des Königreichs Belgien außer Kraft gesetzt worden. Gleiche Bestimmungen sind schon früher für die Angehörigen Oesterreich-Ungarns, Italiens, der Niederlande und Luxemburgs getroffen worden.

Ein Staatsvertrag über Arbeiterversicherung zwischen Deutschland und den Niederlanden wird, wie wir hören, vorbereitet. Dadurch würden die internationalen Beziehungen auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung wiederum einen erfreulichen Schritt vorwärts gebracht werden.

Arbeitslöhne in England und Deutschland. Das neuveröffentlichte (Bureau of Labour) veröffentlicht eine vergleichende Statistik über die Arbeitslöhne in Deutschland, Amerika und England von 1890 bis 1903. Die Statistik erstreckt sich über 14 der wichtigsten Arbeitszweige und zeigt, daß der englische Arbeiter für die ihm geleistete Arbeit ungefähr 20 Prozent mehr als der deutsche zahlte.

Verjährung der Ansprüche auf Unfallrente. Entschädigungsansprüche durch Unfall zu Schaden gekommener Arbeiter sollen innerhalb zwei Jahren nach dem Unfall geltend gemacht werden. In besonderen Fällen gestatten aber die Unfallversicherungsgesetze auch nach diesem Zeitraum, noch Ansprüche zu erheben. Voraussetzung ist, daß die Unfallfolgen erst später bemerkbar geworden sind oder der Verletzte durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse an der Verfolgung seiner Ansprüche gehindert war. Die Anmeldung des Anspruchs muß aber dann innerhalb drei Monaten erfolgen, nachdem dieses Hindernis fortgefallen ist oder die Unfallfolgen dem Verletzten bemerkbar wurden. In einer Entscheidung betreffend den Anspruch eines Schleifers F. auf Unfallrente gegen die Norddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft (Arbeitszeichen 12 105-05, 16) ist das Reichsversicherungsamt von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Das Revisionsgericht hat zunächst auf Grund des Gutachtens des Medizinalrates Dr. Heilmann in Welle als erwiesen angenommen, daß das gegenwärtige Leiden des Klägers auf den Unfall vom 4. Mai 1901 zurückzuführen ist. Der Wille des Gesetzgebers ist es nun zweifellos nicht gewesen, diejenigen Verletzten unter der Strenge des Gesetzes leiden zu lassen, die nicht aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen oder aus Nachlässigkeit, sondern aus dem Grunde die Anmeldung von Entschädigungsansprüchen innerhalb der ersten zwei Jahre unterlassen haben, weil sie sich für voll arbeitsfähig ansehen und deshalb Rentenansprüche für ungerechtfertigt halten. Auch sprechen es die Motive zum Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 ausdrücklich aus, daß die Bestimmungen des § 72 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes eine Milderung gegenüber den bezüglichlichen Vorschriften des früheren Gesetzes enthalten, und zwar mit Rücksicht auf die Erfahrung, daß schwerere Folgen, die eine Beschränkung in der Erwerbsfähigkeit mit sich bringen, oft erst nach Ablauf der zweijährigen Frist des § 72 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes eintreten. Dies ist offenbar auch im vorliegenden Falle anzunehmen, denn der in den ersten Jahren vollständige arbeitsfähige Kläger erkrankte plötzlich Ende Dezember 1901 an den Folgen des Unfalls des Jahres 1901 so schwer, daß er zunächst nur noch in beschränktem Umfange, neuerdings aber überhaupt nicht mehr seiner Tätigkeit nachgehen konnte. Das Revisionsgericht hat bei dieser Sachlage die Milderung gewonnen, daß dem Kläger die einen Entschädigungsanspruch begründenden Unfallfolgen erst Ende Dezember 1904 bemerkbar geworden sind, und da die Anmeldung des Entschädigungsanspruches Anfang März 1905 bemerkt ist, so ist gemäß § 72 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes rechtzeitig erfolgt. Dem Revisor war somit stattzugeben, und die Berufung war unter Aufhebung ihres angelegten Beschlusses und der Vorentscheidung zu verurteilen, den Kläger für die Folgen des Unfalls vom 4. Mai 1901 zu entschädigen.

bisher auf die Arbeiterausschüsse ihr Augenmerk richten respektive dort, wo noch keiner besteht, veranlassen, daß in Kürze einer gebildet wird. Den Wert eines Arbeiterausschusses darf kein Arbeiter unterschätzen, denn es gibt, wo die Fabriken sich doch von Zeit zu Zeit vergrößern, auch mehr zu regeln. Wenn täglich über immer schwerere wirtschaftliche Kämpfe berichtet wird, so sollten doch auch die Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Einsicht kommen, daß sie sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen haben; der Kapitalismus kennt heute keinen Unterschied mehr zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, wie die Massenausperrungen in letzter Zeit bewiesen haben. Darum heißt die Parole: Hinweg mit den vielen Klimbimbereinen, die eure Lage nicht verbessern können, hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Im vergangenen Quartal haben wir 60 Mitglieder gewonnen; noch zehnmal soviel müssen wir gewinnen.

Reutstadt (Ob.-Schl.). Die am 8. April im „Arbeiter-Kasino“ abgehaltene Zusammenkunft war nur mäßig besucht. Der Bevollmächtigte, Kollege K e d e r, gab zunächst den Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Sodann wurde eine Anzahl der vielen zur Generalversammlung gestellten Anträge eingehender Erörterung unterzogen und dem Kollegen K e d e r als Delegierten zur Generalversammlung die Weisung erteilt, für die unseren Verhältnissen zuzugewandenen Anträge einzutreten, ihm im übrigen aber freie Hand gelassen. Unter „Beschiedenes“ wurden in ausführlicher Weise interne Angelegenheiten erledigt.

Rheydt. Den Kollegen zur Mitteilung, daß sich unsere Bibliothek im neuen Arbeiterheim, Wätere Straße 12 (genannt hohen Berg), befindet. Es sollen in Zukunft jeden Sonntag von 12-1 Uhr Bücher verausgabt werden. Vorerst müssen aber sämtliche Bücher, die die Kollegen noch im Besitz haben, abgeliefert werden. Am Sonntag den 22. April findet in genanntem Lokale eine Mitgliederversammlung statt. In dieser Versammlung müssen sämtliche Bücher abgeliefert werden. Für diejenigen Bücher, die nicht eingehen, wird für jede weitere Woche Strafgeld nach der Bibliotheksordnung erhoben. Zu dieser Mitgliederversammlung, hoffen wir, daß sämtliche Kollegen erscheinen werden. Es wird Bericht von der Generalversammlung in Mühlhausen gegeben. — Der Streik bei der Firma Gebr. Dunders hier dauert unverändert fort. Es schließen sich von den wenigen Arbeitswilligen, die die Firma noch hatte, noch immer neue dem Streik an. Von den Streitenden ist noch keiner abtrünnig geworden, trotzdem derselbe schon sieben Wochen dauert. Auch der Färberstreik hat nur soweit eine Veränderung erfahren, als jetzt in fünf Betrieben die Arbeit ruht. Wir möchten die Kollegen allerorts ersuchen, Rheydt bis auf weiteres streng zu meiden.

Rummelsburg. In der Mitgliederversammlung vom 17. März hielt Frau J e h e einen zirka anderthalbstündigen Vortrag über den Kampf ums Dasein in der Textilindustrie, wofür sie reichen Beifall erntete. Die Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung ergab folgendes Resultat: Im ganzen liefen 226 Stimmzettel ein, davon waren 59 für und 167 gegen die Einführung. Kollege Rosenkranz bemängelte die Abstimmung im Hinblick auf die große Mitgliederzahl und sprach sich für die Arbeitslosenunterstützung aus. Nach der Abrechnung vom Wästenball verließ ein Ueberschuß von 127,25 Mk. Nach dem sich noch Kollege Rosenkranz gegen die von der Filiale Berlin I zur Generalversammlung gestellten Anträge 115 und 116 ausgesprochen hatte, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Sagan. (Textilarbeiterversammlung. — Lohnbewegung.) In den letzten Tagen hat sich eine Bewegung unter den in den hiesigen Fabriken beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen bemerkbar gemacht. Durch Flugblätter eingeladen waren in dem Moitheschen Saale für Sonnabend abend die in der Löw Beerschen (Bahnhofstraße) Schlabaach u. Dienigshen Fabrik, für Sonntag die bei Löw Beer (Nippplatz) in der Gewerkschaft und bei Gerber u. Sohn Beschäftigten, für Montag abend waren es die in der Saganer Wollspinnerei, im Harmuths, Bertholds, Wilmanns- und Bullmanns-Etablissement tätigen Arbeiter. Die ersten beiden Versammlungen hatten einen Durchschnittsbesuch von über 400 Personen. Als Referent trat Herr Ad. F r o s t aus Forst im Auftrage der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft auf. Derselbe sprach über das Thema: „Die Notwendigkeit einer Aufbesserung der gedrückten Lage der Saganer Arbeiterschaft.“ Derselbe führte aus, daß die hier gezahlten Löhne die gedrücktesten seien und unmöglich dazu ausreichen, eine Familie, auch wenn sie klein sei, zu ernähren. Deshalb müsse die Frau mit in die Fabrik, ja selbst die größeren Kinder. Jeder Arbeitgeber versuche seine Ware so teuer als möglich an den Mann zu bringen; dies müsse der Arbeiter auch tun. Die in einer Versammlung der Arbeitgeber in Rottbus zum Ausdruck gebrachte Gestinnung, daß der Arbeiter noch froh sein werde, wenn er 13 Stunden arbeiten könne, wenn er überhaupt Arbeit bekomme, zeuge von keinem Wohlwollen. Warum komme aber die Lohnbewegung hier nicht vorwärts? Weil den meisten Arbeitern die Organisation fehle. Jede Bitte der Arbeiter um Lohn-erhöhung ist bis jetzt mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Lage der Industrie eine Aufbesserung nicht gestatte. Man sollte doch nicht so großes Haus führen, den Bau von Willen und Wohlthatigkeitsgebäuden unterlassen! Wenn man nur einen Teil davon den Arbeitern überlasse, so sei diesen geholfen und es bliebe auch noch genug Gewinn für die Arbeitgeber. In Forst, Rottbus, Spremberg seien die Löhne alle gebessert worden, nur in Sagan stehe man noch hinten an. Es haben sich deshalb die hier bestehenden Organisationen verbunden, und zwar der Ortsverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hirsch-Dunder) und der Deutsche Textilarbeiterverband, um auch die Saganer Arbeiterschaft aufzurütteln. Es ist ein Schreiben verfaßt worden, das den Herren Arbeitgebern unterbreitet werden soll. Redner beleuchtete nun Vorkommnisse in einer hiesigen Fabrik, betreffend Lohnkürzung, und forderte sodann zum Beitritt in die Organisation auf, da es jedem Arbeiter möglich gemacht sei, seinem Bedürfnis entsprechend, in eine religiöse, politische oder wirtschaftliche Vereinskategorie einzutreten. Der Vortrag erntete lebhaften Beifall. — Nach einer Pause wurde die „Freie Aussprache“ eröffnet. In dieser nahm der Vertreter des Textilarbeiterverbandes, Herr F r i t s c h-Liegnitz, das Wort und gab zu dem Vortrage noch Erläuterungen. Auch dieser Redner sprach für Stärkung der Organisation. Er betonte besonders, daß man nicht an Streit oder Aussperrung denke. Man wolle in friedlicher, aber auch energischer Weise die Bewegung durchführen. Die schlesischen Arbeiter seien die schlechtestbezahltesten im Reiche. Es verdient im Durchschnitt ein rheinischer 798 Mk., ein sächsischer 692 und ein schlesischer 517 Mk. Hierzu bedürfe man aber der Organisation als Vorkämpfer im Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch seine Ausführungen ernteten lebhaften Beifall. Herr S o n n t a g verlas nun ein Schreiben, welches an die Fabrikherren abgefaßt werden soll. Gefordert wird in demselben 1. ein zehntägiger Frühstücks- und Vesperpause. Wie es zulässig ist, soll der Betrieb während der Pausen ausgesetzt werden. 2. eine 20pro-

zentige Lohnhöhung. Begründet wurden diese Forderungen mit a) den bis jetzt gezahlten unzureichenden Löhnen, b) mit den hohen Lebensmitteln- und Mietpreisen und dem Fortschritt der Technik, die schwere Forderungen an die Arbeitskraft stellt. Wenn die Arbeitgeber nicht mit den Organisationen verhandeln wollen, so tritt an ihre Stelle eine Kommission. Es wurden in Vorschlag gebracht die Herren Schölske, Kieger, Tschadsch, Sonntag, Kleiber und Frau Fabian. Beide Versammlungen wählten die Vorgelegenen einstimmig. Die Arbeitgeber werden gebeten, bis zum 30. April den Verbänden Antwort zu kommen zu lassen. Nach einem Schlußwort des Herrn F r o s t, in welchem er den neuen Posttarif freiste, folgte Schluß der Verhandlungen.

Verdau. Am Sonnabend den 7. April hielt die hiesige Einzelmitgliederversammlung die regelmäßige Monatsversammlung ab. Dieselbe war gut besucht. Zehn neue Kollegen wurden in den Verband aufgenommen. Den Bericht von der Landeskonferenz gab Kollege K r u g in sehr verständlicher Weise und erklärte sich die Versammlung mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Der Vorstandsbeschluß, das 10jährige Stiftungsfest am 13. Mai im „Bergkeller“ abzuhalten und dasselbe aus Konzert, Festrede, Massengefang und Ball bestehen zu lassen, wurde einstimmig aufrechterhalten. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. Ein Kollege gab den Kartellbericht in ausführlicher Weise. Zwei Kollegen erhielten die Gemäßregelungenunterstützung bewilligt. Kollege K r u g ging noch des näheren auf unsere Lohnbewegung ein und gab bekannt, daß die Verwaltung mit dem Industrie-Verein in Unterhandlung stehe. Er forderte die Kollegen auf, fest und treu zum Verband zu halten.

Zwickau. Eine sehr gutbesuchte Versammlung beschäftigte sich am Sonntag den 1. April mit den Zuständen in der Wigognespinnerei Paul Ulrich u. Hentschel. Kollege G r a u p e referierte und bemerkte einleitend, daß die willkürliche Entlassung des Auspenders E., der als Arbeiterausschussmitglied die Interessen seiner Mitarbeiter dem Unternehmer gegenüber vertreten hatte, als eine Maßregelung zu betrachten sei. Die Ortsverwaltung habe es sich angelegen sein lassen, eine gütliche Verständigung betreffs der Entlassung sowie auch der Zustände, die in diesem Betriebe sonst noch herrschen, mit den Inhabern herbeizuführen, die aber an dem bekannten Unternehmerstandpunkt geheitert sei. Die Herren erklärten einfach, der Arbeiter wäre ihnen unsympathisch! — Die Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe seien als standalös zu bezeichnen. Die Arbeitszeit betrage 12 Stunden, einschließlich einer halben Stunde Frühstücks- und Vesperpause. Die Frühstücks- und Vesperpausen seien unregelmäßig, da der Betrieb während der Pausen nicht stehen bleibe. Meistenteils müssen die Arbeiterinnen schon um halb 7 Uhr frühstücken sowie abends nach 6 Uhr Vesper machen. Da ein Speisesaal nicht vorhanden sei, muß in dem östigen, düstigen Betriebsraum gegessen werden. Die Krempelrinnen haben früh um 3/4 Uhr schon da zu sein, um die Maschinen einzustellen. Kommt mal eine Kollegin zu spät, wird sie von dem Krempelmeister M a s c h e mit nicht wiederzugebenden Worten, die sehr oft aus dem Tierreiche stammen, empfangen. Die Behandlung der Kolleginnen lasse viel zu wünschen übrig, auch von Seiten des Herrn U l r i c h sowie des Spinnmeisters W i t m a n n, die unpassende Redensarten mit Vorliebe benutzen. Die Lohnverhältnisse seien als unhaltbar zu bezeichnen. Bemerkenswert hierfür ist eine Bemerkung des Herrn U l r i c h, die er dem Referenten gegenüber machte, nämlich, „er wolle nur Ueberstunden machen lassen, um seine Arbeiter und Arbeiterinnen vor den Feiertagen etwas verdienen zu lassen!“ (Kommentar überflüssig!) Ein Umkleiraum sei nicht vorhanden; männliche und weibliche Arbeiter verrichten das Umkleiden hinter den Maschinen. Wahrscheinlich solle mit dieser wunderschönen Einrichtung die Sittlichkeit gehoben werden! Zum Schluß wurde mit großem Beifall angenommenen Ausführungen forderte Redner die Anwesenden auf, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, damit diese traurigen Zustände beseitigt werden können. — In der Diskussion wurden diese Zustände noch eingehender gekennzeichnet und eine Resolution, die die Entlassung als eine Maßregelung betrachtet und die Ortsverwaltung beauftragt, zur Beseitigung dieser Zustände die nötigen Schritte einzuleiten, einstimmig angenommen. Hierauf wurde noch der Bericht von der Landeskonferenz gegeben, und nach einer interessanten Debatte über die Arbeitslosenunterstützung, Verlegung der Presse, Anstellung von Gaulitern um die Haltung und Abstimmung des Delegierten gebilligt. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen und auf das Arbeiterblatt, das „Sächsische Volksblatt“, zu abonnieren, schloß der Vorsitzende die zahlreich besuchte Versammlung.

Posamentierer-Bewegung.

Elberfeld-Barmen. Die Lage des Streiks ist nach wie vor dieselbe. Die Unternehmer machen verzweifelte Anstrengungen, „Arbeitswillige“ heranzuziehen, bis jetzt jedoch ohne Erfolg; hoffen wir es auch für die Zukunft. Sämtliche Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß in der letzten Nummer der sog. „Verbandszeitung“ selbständiger Posamentierer „Arbeitswillige“ nach hier gesucht werden. Man halte also streng jeden Zugang fern, dann ist uns der Sieg sicher.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Erste Differenzen scheinen zwischen den Verehrten: der Mos. Löw. Beerschen Weberei in Sagan wegen einer Lohnaufbesserung einzutreten. 24 Mann haben gekündigt. Zugang ist fernzuhalten!

Zum Achtstundentag in Frankreich. Der vor zwei Jahren abgehaltene französische Gewerkschaftskongress in Bourges hat beschlossen, daß die Arbeiter am 1. Mai 1906 zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages zur sogenannten „direkten Aktion“ übergehen sollen, wo die Arbeitgeber ihn nicht freiwillig bewilligen. Es soll die Arbeiterschaft nach achtstündiger Arbeitszeit die Werkstatt einfach verlassen, jede Ueberzeit strikte ablehnen. Es ist jetzt, schreibt der „Deutsche Sozialdemokratische Zentralkomitee“ in Paris, nicht an der Zeit und es ist nicht unsere Sache, über die Zweckmäßigkeit dieser Taktik zu diskutieren. Der Beschluß ist gefaßt und es besteht kein Zweifel, daß die Folge seiner Durchführung Arbeitsniederlegungen, Streiks und Aussperrungen sein werden. Kein Parteigenosse, kein organisierter Arbeiter, kein Arbeiter von anständiger Gestinnung wird den kämpfenden Proletariern in den Rücken fallen, etwa durch die in Arbeitgeberkreisen so beliebte „Arbeitswilligkeit“, sondern die Kämpfer materiell und ideell unterstützen. Wir fordern euch auf, von jetzt ab und während der ganzen Kampfperiode in Frankreich weber Arbeit zu suchen noch anzunehmen. Soß die Internationale Solidarität der Arbeiterschaft!

Gerichtliches.

Die „Königsberger Volkszeitung“ hatte vor kurzem vier Prozesse zu bestehen. Angeklagt waren zwei „Brotkinder“. Der eine, Redakteur Crispian, wurde zu 700 M. Geldstrafe, der andere, Redakteur Marchionini, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Landgericht Hamburg verurteilte den Redakteur des „Sofenarbeiters“, C. G. S. L. H., wegen Verletzung verschiedener Bevölkerungsklassen zu 6 Monaten Gefängnis.

Zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen wurde wegen Verleumdung einiger Bergwerksbesitzer Genosse Koforny, Vertrauensmann der Bergarbeiter. — Inzwischen wurde K. jedoch gegen eine Kaution von 6000 M. auf freien Fuß gesetzt. — Der Redakteur der „Freien Presse“ ist wegen einer Kritik, die er an der dortigen Stadtverordnetenversammlung übte, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Soziale Rechtssprechung. Wie das Kammergericht seine Rechtssprechung in Streitpostenfällen immer ausschließlich von der einseitigen Rechtsauffassung der Schutzleute abhängig macht, zeigt eine neue Verhandlung gegen einen gutbürgerlichen Berliner Redakteur, der sich durch die Ausübung seiner Berichtserstatterpflicht vor dem Hause einer befreiten Firma in der Kohlfabrik der Bedrohung der „Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Straßenverkehrs“ schuldig gemacht haben soll. Er war nämlich, als er vor dem Hause kurz vor der Mittagspause mehrmals auf- und abschritt, von dem Schutzmannsposten, im Interesse der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs, just so, wie es der Terminus der Straßenpolizeiordnung besagt, zum Weitergehen aufgefordert und, als er trotzdem noch einmal vor dem Hause vorbeiging, zur Wache gebracht worden. Ebenso wie die unteren Gerichte, erklärte das als Revisionsinstanz angegangene Kammergericht, indem es die Verurteilung zu einer Geldstrafe bestätigte, es käme lediglich darauf an, daß der Schutzmann den Angeklagten unter Hinweis auf das Verkehrsinteresse fortgewiesen habe. Ob der Schutzmann berechtigten Anlaß zu jener Aufforderung gehabt, ob sie notwendig und zweckmäßig gewesen sei oder nicht, das dürfe nicht nachgeprüft werden; ganz unerheblich sei, aus welchen Gründen sich der Angeklagte dort aufgehalten habe. Die Konsequenz dieser Rechtssprechung ist, daß nicht nur Streitposten, sondern überhaupt jeder Bürger sich auf den Straßen nur mit stillschweigender Erlaubnis des Schutzmannes aufhalten darf. Rechtsbeschwerden gegen die etwaige Entziehung dieser Erlaubnis durch den Schutzmann gibt es nicht.

Soziale Rechtssprechung. Kann der Arbeitsvertrag wegen Verstoßes gegen die guten Sitten als nichtig angesehen werden, weil der Arbeitgeber, dessen Werkstat „gesperrt“ ist, diesen von auswärtigen engagierten Gesellen nicht mitgeteilt hat? Diese Frage ist von der 2. Kammer des Gewerbegerichts Berlin verneint worden.

Eine Verpflichtung des Arbeitgebers, Arbeitern, die mit ihm in Engagementsverhandlungen treten, von der Sperre der Werkstat von einer Vereinigung von Arbeitnehmern der betreffenden Branche Mitteilung zu machen, könne weder in formell rechtlicher Beziehung, noch auch nach dem Grundsatz von Treu und Glauben im Verkehr anerkannt werden; und ebenso wenig könne in dem Bestehen auf Erfüllung des an sich rechtsverbindlich geschlossenen Vertrages ein verbotenes „Verleiten zu Handlungen“ erblickt werden, „die wider die guten Sitten verstoßen“ (§ 124 Nr. 3 G.D.). Denn die wirtschaftlichen Differenzen zwischen Unternehmern bzw. deren Organisation einerseits und Arbeitern bzw. deren Organisation andererseits seien grundsätzlich in Bezug auf das Prinzip der guten Sitten und von Treu und Glauben im Rechtssinn schlechthin indifferenter Natur und könnten nur nach ihrer speziellen Beschaffenheit im konkreten Fall hier und da nach dem Gesichtspunkt der guten Sitten und der Arglist untersucht werden. (Zu einer solchen Untersuchung bietet selbstverständlich der hier in Frage stehende Sachverhalt und dessen ganz generelle Geltendmachung seitens der Beklagten keinen Anlaß.) Schon daraus folge, daß auch die Teilnahme aller einzelnen Unternehmer bzw. Arbeiter an den allgemeinen oder, wie im vorliegenden Falle, speziellen Kampfmaßnahmen einer Organisation — mögen sie ihr angehören oder nicht — keineswegs als absolute Postulat der Standeshonore, geschweige denn als ein Postulat der guten Sitten im Rechtssinne anzuerkennen sei. Die gegenteilige Ansicht müsse zu dem schärfsten begrifflichen und tatsächlichen Widerspruch in sich für den Fall führen, wo einer der beiden streitenden Teile rechts widrige bzw. sittenwidrige oder rechtswidrige Forderungen durchsetzen oder seine Forderungen mit rechts widrigen bzw. sittenwidrigen Mitteln verfolgen wolle. Derartige Fälle habe es zweifelsohne schon auf beiden Seiten gegeben.

Es bestand somit für die verklagten Arbeitnehmer kein gesetzlicher Grund zum Rücktritt vom Vertrage oder zum kündigungslosen Verlassen der Arbeit. Daß der Einwand des verfallenen N., er habe anderwärts bessere Stellung gefunden, hinsichtlich sei, bedürfe keiner weiteren Ausführung.

Wollten die Beklagten nicht in einen Konflikt zwischen ihrer speziellen Vertragspflicht und ihrem Wunsche, den Maßnahmen der Arbeiterorganisation nicht entgegenzutreten, kommen, so wäre es ihre Sache gewesen, sich vor Eingehung eines Engagements mit den betreffenden örtlichen Verhältnissen ihrerseits bekannt zu machen. So aber seien sie an den Vertrag rechtlich gebunden und seien kontraktbrüchig geworden.

Aus Unternehmerkreisen.

Ein Bezirksverein des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie ist jetzt in Viefelsfeld gegründet worden. Der Bezirksverein umfaßt die Textilbetriebe von Minden, Ravensberg und Lippe. Besondere Ortsgruppen des Bezirksvereins sind, wie die „Deutsche Leinen- und Wäschezeitung“ mitteilt, bis jetzt für Gütersloh und Herford eingerichtet.

Der Zusammenschluß der Besitzer der Produktionsmittel dehnt sich auf immer weitere Gebiete aus. Dieser Tage traten die „Arbeitgeber“ der Westfälische Schleswigs dem Arbeitgeberverband Unterelbe bei, der jetzt rund 3000 Mitglieder zählt. In sämtlichen Betrieben sind annähernd 130 000 Arbeiter beschäftigt. Der Verband will seine Mitglieder namentlich gegen eine Schädigung durch ungerechtfertigte Ausstände schützen. Die „leichtfertigen“ Ausstände der letzten Jahre haben die Gründung eingeleitet und den Verband „zur Blüte“ gebracht. So heißt es immer. Mit der Redensart von den angeblich „leichtfertigen Ausständen“ beginnen die Scharfmacher, um dann mit der tatsächlichen leichtfertigen Ausprägung von Hunderten und Tausenden von Arbeitern und überhaupt mit dem rückwärtschreitenden Willkürregiment ihren eigentlichen Zweck, den der nackten Herrschaft, zu verwirklichen. Die Ausprägungen sind jetzt bei den Unternehmern fast zu einem Sport geworden. Der Geschmack an diesem gewissenlosen Spiel mit Arbeiterexistenzen wird sich aber in demselben Maße legen, als die Gewerkschaften der Arbeiter stärker werden. Wenn die große

Mehrzahl der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe gewerkschaftlich organisiert sein wird, dann wird sich das Unternehmertum hüten, Massenausprägungen vorzunehmen. Die beste Antwort auf das Vorgehen der Unternehmer bleibt darum die: Hinein in die Gewerkschaften!

Bermischtes.

Heinrich Meister tot. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Meister ist einem Schlaganfall erlegen. Meister war von Beruf Zigarrenarbeiter. Er vertrat den Wahlkreis Hannover.

Von der Bevölkerung der Erde. Wenn man die Bevölkerung der ganzen Erde auf 1 1/2 Milliarden Menschen beziffert, so kommen davon auf Deutschland nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung etwa 4 Prozent. So klein diese Summe erscheint, so ist doch, soweit es sich um die Bevölkerung handelt, Deutschland der viertgrößte Staat der Erde. An der Spitze steht China mit circa 330 Millionen Menschen. Jeder fünfte Mensch ist ein Chinese. 27 Prozent der Gesamtbevölkerung der Erde wohnen in China. Nach China hat die größte Bevölkerungsziffer Rußland mit 125,6 Millionen Menschen, das sind etwas über 8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Vor Deutschland kommen dann noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 76,2 Millionen Menschen oder rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung der Erde. Die aufgeführten vier Staaten sind von etwa 44 Prozent der Gesamtbevölkerung der Erde bewohnt. Während nun in Rußland und auch in den Vereinigten Staaten für eine Vermehrung der Bevölkerung noch sehr viel Spielraum ist, ist umgekehrt in Deutschland und in China das Land mehr oder weniger stark bevölkert. Auf 1 Quadratkilometer Fläche kommen durchschnittlich in Deutschland 104, in China 30, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 8,6 und in Rußland 5,9 Einwohner. Wir sehen, daß Deutschland von den aufgeführten Staaten durchschnittlich am bevölkertersten ist und daher die Frage, wie der Bevölkerungszuwachs unterzubringen sei, von großer Bedeutung ist. Wenn die Vermehrung der Bevölkerung in der bisherigen Progression weiter anhält, so wird Deutschland im Jahre 1950, d. h. in 45 Jahren, von mehr als 100 Millionen Menschen bevölkert sein; der Zuwachs wird an 40 Millionen Menschen betragen. — An der Reichszahl ist Preußen mit 37,3 Millionen, Bayern mit 6,5, Sachsen mit 4,5, Württemberg mit 2,3 Millionen beteiligt, sodas auf die vier Königreiche 83,48 Prozent der Reichsbevölkerung treffen. In Großstädten, d. h. Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern, deren es jetzt 41 im Reiche gibt — die größte davon Berlin (2 040 222), die kleinste Wiesbaden (100 955) — befinden sich 11 498 049 Personen oder 18,97 Prozent der Reichsbevölkerung. Mit seinen Vororten zusammen umfaßt Berlin fast 3 Millionen, nämlich 2 989 726 Einwohner. Gemeinden von 20 000 Einwohnern und mehr sind 249 vorhanden; 27 hiervon (in Preußen) sind nicht städtischen Charakters.

Conrriores. In bürgerlichen Blättern aller Länder konnte man nach dem tragischen Ereignis, das 1200 Menschenleben vernichtete, viel von den Fortschritten der Rettungsarbeiten lesen, die unternommen wurden. Wie sich nun mit Sicherheit herausgestellt hat, beschränkten sich diese „Rettungsarbeiten“ auf die Dämpfung des Feuers, d. h. auf die Rettung des in den Gruben angelegten Kapitals; um die darin wahrscheinlich lebendig begrabenen Arbeiter kümmerte man sich nicht. Drei- und vier Mann retteten sich selber, nachdem sie 20 Tage lang eingeschlossen waren und von Holzrinde, Hafer, Fleisch von einem verewendeten Pferde, Tropfwasser und ihrem eigenen Urin gelebt hatten. Das liegt sich wie die erschütternde entsprechende Episode in Zolas Roman „Germinal“. Es ist aber leider nackte Wahrheit, keine Dichtung, wie der erwähnte Roman. Wieviele hätten wohl noch gerettet werden können, wenn das verbrecherische Kapital nicht zuerst an sein totes Eigentum, sondern an die verschütteten lebenden Menschen gedacht hätte!

Kapitalistische Riesenprojekte in Amerika. Der nordamerikanische Stahltrust will in den nächsten zwei bis drei Jahren 50 Millionen bis 75 Millionen Dollars auf einige zehn Millionen mehr oder weniger kommt es den Stahltrustern nicht an — in Neuanlagen und Erweiterungsarbeiten anlegen. Die Carnegie-Stahlgesellschaft in Pittsburg beabsichtigt für gleiche Zwecke 20 Millionen Dollars auszugeben. Unter anderem will der Stahltrust im Bezirk von Chicago für seine Angestellten eine eigene Stadt bauen, die nach jeder Richtung hin vorbildlich sein soll. — Es sei hier gleich angefügt, daß der nordamerikanische Stahltrust im vierten Quartal des Jahres 1905 einen Betriebsgewinn von 35 279 000 Dollars und im ganzen Jahre 1905 einen Betriebsgewinn von 199 849 000 Dollars erzielt hat!

Die größte Torheit ist es, gebeugt ins Leben einzutreten. Das Leben ist dem Widerstreben geweiht. Wir sollen uns aufrichten, so hoch wir können und so lange, bis wir anstoßen. Gerade das Proletariat sollte diese Worte des großen Dramatikers Sebbel sich als Richtschnur dienen lassen. Nur allzusehr ist der Proletarier geneigt, vor den Großen und Reichen, die alle Genüsse der Welt mit ihrem Gelde sich erkaufen können, den Nacken zu beugen. Was hilft ihm diese Unterwürfigkeit? Je mehr er sich selbst erniedrigt, umso mehr werden seine natürlichen Gegner, die Skavenhalter und Sklaventreiber, ihn erniedrigen. Respekt haben sie nur vor dem, der ihnen hochgehobenen Hauptes entgegentritt und auf seinen Forderungen rückwärtslos besteht. Alle Menschen, gleichgebornen, sind ein adliges Geschlecht. An diesem Ausspruch läßt sich nicht drehen noch drehen, solange alle Menschen auf dieselbe Weise auf die Welt kommen, solange weder die einen Sporen und Weitsche, noch die anderen S ättel bei der Geburt mitbringen. Gleichberechtigt steht alles, was Menschenantlig trägt, einander gegenüber. Darum soll es sich aufrichten, so hoch es irgend kann, selbst auf die Gefahr hin, anzustoßen und Vergernis zu erregen.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Barmen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich das Bureau jetzt Marienstr. 22, im Hause der Ortskrankenkasse befindet; außerdem diene allen Mitgliedern zur Nachricht, daß die Beitragsmarken immer in die richtigen Fächer gefüllt werden und dieselben nicht länger als sechs Wochen im Rückstande sein dürfen, da sonst kein Antragsgeldausfluß gezahlt wird.

Birkigt. Dem Härder Johann Ernst, geb. 4. 9. 1885 zu Wamsdorf, eingetr. 25. 1. 02 in Schwelb. Buch-Nr. 10 715, ist sein Mitgliedsbuch abhanden gekommen. Es wird vermutet, daß ein gewisser Bleul es gestohlen hat, selbiger ist abgereist. Die Billkassierer werden vor Schwelbesele gewarnt. Die Ortsverwaltung Wlauscher Grund.

Blumenau. Alle schriftlichen und sonstigen Sendungen, die für den Vorstand bestimmt sind, sind nicht mehr an Franz Weigel, sondern nur an den Kassierer Heinrich Ränger, Donnerau bei Wültegersdorf, Bahnhofstraße 87, zu senden.

Boscholt. W. Das Buch des Mitglieds Wenzel Sindelar, St. Nr. 242 103, Orts-Nr. 38, eingetr. 10. 11. 05 hier, geb. am 28. September 1888 zu Budweitz (Böhmen), ist verloren gegangen. Bei event. Auftauchen des Buches ist es an den Kassierer der Billale Boscholt, Jol. Essing, Oststr. 61, einzuliefern.

Bremen. Kassierer ist jetzt Anton Gink, Schöneboder Str. 9.

Greiz. Unser Bureau befindet sich nicht mehr Silberstr. 1, sondern Dreuningsstr. 19.

Hannover. Den Kollegen zur Kenntnis, daß Kollege Gg. Riffelmacher dem Verband als Mitglied wieder angehört, auf Antrag des Kollegen W. Briggmann wurde er jedoch vom Beschuß der Versammlungen auf ein halbes Jahr ausgeschlossen. Die Verwaltung.

Weißenburg i. B. Aus dem Verbands ausgeschlossen wurde Johann Fischer, St. Nr. 257 778, nach § 4 b des Statuts.

Versammlungskalender.

Versammlungen des Zentral-Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

- Augsburg-Pfersee. Sonabend den 28. April.
- Barmen-Bismarckplatz. Sonabend (Samstag) den 28. April.
- Bernau. Sonabend den 28. April, abends 9 Uhr, im „Schützenhaus“.
- Brombach. Mittwoch den 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Wilden Mann“.
- Callenberg b. Waldenburg. Sonntag den 29. April, nachmittags 4 Uhr, im „Felsenkeller“.
- Delmenhorst. Sonntag den 29. April, nachm. halb 3 Uhr, bei Wafschau.
- Düsseldorf. Montag den 30. April, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Elberfeld-Barmen. (Kartenschläger.) Sonabend den 28. April, abends 9 Uhr, bei Sauerzopf, Bachstraße.
- Görlitz. Sonabend den 28. April, abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße 5.
- Göhring. Sonabend den 28. April, abends 9 Uhr, im „Selttern Bild“ (Birkner).
- Hamburg. (Posamentierer.) Sonabend den 28. April, abends halb 10 Uhr.
- Hersingen. Sonabend (Samstag) den 28. April.
- Hilden. Montag den 30. April, abends 7 Uhr, bei Adll.
- Kirchberg. Sonntag den 29. April, nachmittags 5 Uhr, im „Tivol“.
- Köln a. Rh. Sonabend den 28. April, abends 9 Uhr, im „Volkshaus“, Severinsstraße 197/199.
- Limbach. Sonabend den 28. April, abends halb 9 Uhr, im „Johannesbad“.
- Ludenwalde. Mittwoch den 25. April.
- Mülheim a. Rh. Dienstag den 1. Mai.
- Mülten St. Jakob. Sonntag den 29. April, nachmittags 5 Uhr, im Alth. Köhlers Restaurant.
- Neghschau. Sonabend den 28. April, abends halb 9 Uhr, im „Bairischen Hof“.
- Nürnberg. Sonabend den 28. April im „Blauen Pfau“, Neugasse.
- Ronneburg. Freitag den 27. April, abends halb 9 Uhr, im „Färnkeller“.
- Ronsdorf. Sonabend den 28. April, abends halb 9 Uhr, bei Otto Becker.
- Rosenfeld. Sonntag den 22. April, im Gasthaus zum „Sterngarten“. (Mitgliedsbücher sind mitzubringen.)
- Schwaig. Sonabend den 28. April, abends 8 Uhr, in der „Post“.
- Schwiebus. Sonntag den 29. April, nachm. 4 Uhr, bei Gondolatsch.
- Süchteln. Sonntag den 29. April, abends 6 Uhr, bei Karl Surtmanns, Beckstraße.
- Sudau. Sonntag den 22. April, nachmittags 3 Uhr, in der Werkstatt des Herrn Tischlermeisters Fabig, Neustädtele.
- Zeitz. Sonabend den 28. April, abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“, Fabrikstraße.

Sonstige Zusammenkünfte.

- Berlin. (Für Moabit.) Gohlowstr. 24 im Lokal: Zahlstelle.
- Berlin-Weißenhof. Jeden Sonabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leher Straße 5: Zahltag.
- Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei F. Rubat, Blumenstraße 38: Zahltag.
- Berlin. (Sektion der Delateure.) Jeden Sonabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Bollmann, Alte Jakobstraße 69: Zahltag.
- Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Sonabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Engel, Seebellstraße 30: Zahltag.
- Berlin. (Sektion Nixdorf.) Jeden Sonabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Kerger, Ziehlstraße 81: Zahltag.
- Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Samann, Marchstraße 23: Zahltag.
- Gebweiler. Montag den 30. April: Einzelmittglieder.
- Kamenz. Jeden Sonabend nach dem 15.: Zahltag.
- Niederschöneweide. Jeden Sonabend von nachmittags 5 Uhr an bei Reimann: Zahltag.
- Oshag. Sonabend den 28. April, abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“: Zahltag.
- Stralau-Kummelsburg. Jeden Freitag, abends 9 Uhr, bei Rimplen Stralauer Allee 20: Zahltag.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Nach Schluß der Redaktion eingegangen.

Canntatt. (Lohnbewegung.) Vor kurzem traten die Arbeiter der Firma Gutman u. Marx in eine Lohnbewegung ein. Aufgestellt wurde ein Lohnzettel mit entsprechender Lohnerhöhung, sowie Regelung sonstiger kleiner Mißstände. Durch zwei Verhandlungen, in die Kollege Krüger noch hilfreich eingriff, kam eine Einigung auf friedlichem Wege zu Stande. Es wurde von Seiten der Firma eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Prozent bewilligt, ebenso die Verlängerung der Mittagspause um eine Viertelstunde, sodas unsere Arbeitszeit nur noch 9 1/2 Stunden beträgt. Zu gleicher Zeit reichten die Arbeiter der Firma G. Landenberger ein Gesuch ein um Ab-schaffung der noch herrschenden 11stündigen Arbeitszeit, sowie um eine dementsprechende Lohnerhöhung und Regelung sonstiger kleiner Mißstände. Durch das Entgegenkommen des Prinsipals kam schon in der ersten Sitzung eine Einigung zu Stande. Bewilligt wurden der zehn-stündige Arbeitstag und eine Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter um 10 bis 12 Prozent. Die Arbeiter selber Geschäfte können mit ihrem Erfolge zufrieden sein, zumal die Verbesserungen auf friedlichem Wege errungen worden sind. Hoffen wir, daß sie es auch hochhalten, daß sämtliche Kollegen dem Verbands treu bleiben und daß die paar Fernstehenden sich noch anschließen möchten.

Gestorben:

Chemnitz. Martha Schneider, 20 Jahre alt.
Langenbielau. Die Verbandsmitglieder Hermann Fulda und Frau Anna Burghardt. — Profetiarerkranktheit.
Chrs ihrem Angehörigen!

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an Julius Wermann, Chemnitz-Rappel, Vogtstraße 20 C, zu richten.

Inhalt (Hauptblatt): Streitfalltafel. — Der Geschäftsbericht des Vorstandes. — Die Reichsämter der Berufsvereine. — Einiges aus einem dunklen Erdelle. — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Posamentiererbewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliches. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Vermischtes. — Verbandsmitteilungen. — Versammlungskalender. — Totenliste. (Beilage) 8. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter. — Mitteilungen aus Fachkreisen.

Verleger: Clemens Wieweg, Döbeln. — Redakteur: Paul Wagener, Chemnitz. — Drucker: Landgraf & Co., Chemnitz.

Dazu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 16 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 20. April 1906.

Achte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter.

1. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Mühlhausen i. Thür., 14. April 1906.

Vorsitzender Hübsch eröffnet die Generalversammlung morgens 9 Uhr. Nach ihm nimmt Kollege Beder Mühlhausen vom Lokal-Komitee das Wort zu einer Begrüßung der Delegierten. Samisch-Wien (als Gast) überbringt die Grüße der österreichischen Bruderorganisation. Diefelbe zählt jetzt 40.000 Mitglieder. Redner hebt die Gemeinsamkeit der Interessen beider Bruderorganisationen hervor und wünscht zu den Verhandlungen den besten Erfolg. Außer ihm ist auch Pelarz-Wien anwesend. Neben Hübsch wird Schrader-S Hannover als Vorsitzender gewählt. Als Schriftführer werden Wagner, Z w a h r und D r e s s e l gewählt.

128 Delegierte vertreten die Verbandsmitglieder. Außerdem sind der Zentralvorstand und Ausschuß und die Fachpresse durch vertretene Delegierte vertreten. Auch sämtliche Gauleiter und Vertreter der Agitationskomitees sind anwesend. Von der General-Kommission ist U m b r e i t anwesend.

Es wird beschlossen, Punkt 6: Tarifverträge und Streitakt, in nächstfolgender Sitzung zu verhandeln.

Hübsch-Berlin nimmt hierauf das Wort zum Geschäftsbericht. Die letzte Geschäftsperiode habe unter der Nachwirkung des Crim-milchauer Streiks gestanden. Die Beitragserhöhung, eine Folge dieses Kampfes, habe zwar Mitgliederverluste zunächst gebracht, die sehr bald wieder mehr als wett gemacht wurden. In einem Jahre habe der Vorstand eine Mitgliederzunahme von 27.000 zu verzeichnen gehabt. Diese Steigerung ist dem Einlegen einer lebhaften Bewegung zu verdanken. Auch die Gaubeamten haben viel dazu beigetragen. Die Einrichtung der Gauleiter hat sich demnach bewährt. Infolge ihrer Tätigkeit ist das Vertrauen der Mitglieder zum Ver-bande gehoben worden. Die Gauleiter sind die Bindeglieder zwischen Vorstand und Mitgliedschaft. Das ist aber nicht der einzige Nutzen ihrer Tätigkeit; sie sorgen auch überall, wo es nötig ist, für praktische Verwaltungstätigkeit. Die Gauleiter machen sich selbst bezahlt. Nach dieser Erfahrung handelnd, habe sich der Vorstand bereit, das Institut der Gauleitung zu vervollkommen. Es war auch notwendig, für größere Ortsgruppen Geschäftsführer anzustellen, was der Vorstand in die Wege leitete. In Augsburg hat der Vorstand die Hälfte der Verwaltungskosten zugelassen. Der Vorstand sagte sich, solange Augsburg und Mühlhausen i. G. nicht gefestigt seien, könnte im ganzen der Verband dort keinen besonderen Aufschwung nehmen. In Mühlhausen ist der Verband aber durch die neuerliche Bewegung in die Höhe gekommen. Durch das Wachsen der dortigen Ortsgruppe machte sich auch dort die Befolgung eines Funktionärs notwendig, der natürlich auch die Agitation am Orte ausübt. Der Redner verbreitet sich dann über die Lohnbewegungen in den letzten zwei Jahren. Die Bewegung in Glaucha und Meerane und Greiz und Gera habe zu niemandem Widerspruch geführt. Die erste Bewegung gelang, und niemand sprach oder schrieb etwas dagegen; die zweite mißlang, und nun wurde die Taktik des Vorstandes kritisiert. Redner behauptet, daß von einer Loslösung im Handeln hier mit Recht nicht geredet werden könnte. Daß es zu einer längeren Aussperrung kommen konnte, mußten wir. Wir sagten uns aber, wenn wir uns bei jeder Aussperrung zurückziehen wollten, würden wir die Unternehmer geradezu herausfordern; alle unsere Forderungen durch Aussperrung niederzuschlagen. In Mühlhausen i. G. hat das Unternehmertum die Aussperrung aufheben müssen. Redner kommt auf die Arbeitslosen-Unterstützung zu sprechen, deren Vorbereitung statistische Aufnahmen notwendig machten. Die Mitglieder weigerten sich vielfach, Angaben über ihren Verdienst zu machen. Nur 9 Prozent der Mitglieder machten solche Angaben. Wir konnten das so mangelhafte Material nicht verarbeiten. Man wird nun versuchen, ein anderes statistisches System einzuführen. Hübsch macht dann über einen früheren Gauleiter wenig erfreuliche Angaben. Die Angelegenheit hat dem Betreffenden seine Stelle gekostet. Im übrigen bezieht sich der Redner auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Er gibt noch bekannt, daß wegen andauernder Krankheit des Kassierers Treue Kollege Zehms zum Kassierverwalter berufen wurde. Redner glaubt, daß der Vorstand nach bestem Wissen und Gewissen seine Schuldigkeit getan habe. Hoffen wir, schließlich er, daß die Mitgliederzahl von mehr denn 80.000 noch dieses Jahr auf 100.000 steigen werde. (Beifall.)

Zehms-Berlin erstattet hierauf den Kassenericht für die ab-gelaufene Geschäftsperiode. Der Kassenbestand der Zentralkasse be-trug demnach am 31. Dezember 1905: 105.212,97 Mk.

Es wird beschlossen, täglich von 1/2-1/2 Uhr und von 2-6 Uhr zu tagen.

Kast-Berlin berichtet nunmehr im Namen des Verbandsaus-schusses. Derselbe hatte eine Reihe von Beschwerden zu erledigen, namentlich solche über erfolgte Ausschüsse von Mitgliedern. Wegen Ent-ziehung der Gemahregelien-Unterstützung lag ein Protest aus Gera vor, der sich gegen den Zentralvorstand wandte. Demselben konnte seitens des Ausschusses nicht Rechnung getragen werden. Kaffe, Bäder und Besuche wurden stets in bester Ordnung gefunden. Er beantragt deshalb, den Vorstand zu entlasten. Nicht alle Wünsche konnten be-rücksichtigt, nicht jede Hoffnung erfüllt werden. Das Mögliche sei aber geleistet worden. Für die Mitglieder des Verbandes, die in diesem ein Mittel zur Hebung ihrer traurigen Lage sehen, suchen wir den Verband soweit zu stärken, daß derselbe seiner Aufgabe mehr und mehr gerecht werden kann. (Beifall.)

Grühl-Stralau-Rummelsburg glaubt, daß in Zukunft Ueber-schüsse gesammelter Streitgeber in größerer Maße als bei der Crim-milchauer Sammlung an die General-Kommission abzuliefern sind. Die Ausschreibung der Extrasteuer bei dem Geraer Streit erfolgte zu spät.

Döring-Glauchau nimmt die Maßnahmen des Vorstandes bei der Färbereiausperrung in Glaucha-Meerane in Schutz. Anerkennung der Arbeiterausschüsse und die zehneinhalbstündige Arbeitszeit waren die hauptsächlichsten Errungenschaften.

Zürge-Barmen: Der Vorstand habe sich über die Intelligenz der Textilarbeiterchaft des Wuppertales hinweggesetzt und Rädigt (dem früheren Gauleiter) zuviel Vertrauen geschenkt. Das Freund-schaftsverhältnis zwischen diesem und dem Zentralvorstande wäre ein zu inniges gewesen, worauf vielleicht mancher Fehler des Vorstandes zurückzuführen sei. Er könne sich mit dem Votum des Ausschusses in dieser Angelegenheit nicht einverstanden erklären.

Klein-Hard-Nawawes zeigt, daß der Vorstand unter Umstän-den sehr energisch handeln kann. So in dem Potsdamer Falle, wo der Vorstand einen Kollegen als vermeintlichen Streikbrecher, nicht als Delegierten anerkannte, wo er als solcher vorgeschlagen war. Der Redner rügt auch, daß der Vorstand nicht immer dahin komme, wo hin er gerufen werde.

Castrop-Bielefeld rügt, daß der Vorstand dort es an der Be-willigung der notwendigen Agitationsmittel fehlen ließ. Wenn in bisheriger Weise fortgekauert werde, könne der Verband dort keine weiteren Fortschritte machen. Der Vorstand muß sein Augenmerk mehr auf den Bielefelder Bezirk richten. Die Christlichen sind uns in dieser Beziehung voraus, diese haben für Bielefeld, wo mit der Um-gabung von Bielefeld ungefähr 500 christlich organisierte Textilarbeiter vorhanden sind, einen Sekretär angestellt. Man soll dem Vor-stand die Rechte in der Beschaffung der Mittel für die Agitation nicht schmälern, sondern erweitern.

Nach der Verteilung der Präsenzliste wird in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittags-Sitzung.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Reichel-Chemnitz bemängelt verschiedene Verwaltungsange-legenheiten. 6540 Blätter (mit der „Gleichheit“) werden gegenwärtig

allwöchentlich versandt. Der Mitgliederbestand müsse gegenwärtig mindestens 90.000 betragen. Er (Redner) halte es für notwendig, dies festzustellen. Die Arbeiter würden dazu kommen müssen, durch gemeinsames Handeln sämtlicher Gewerkschaften der Aussperrungstatistik der Unternehmer erfolgreich entgegenzuwirken. Die Arbeitslosen-Unterstützungs-Angelegenheit sei seitens des Vorstandes zu lax verfolgt worden. Er rügt dann, daß dem kranken Kassierer Treue nicht die Krankenunterstützung auf sein Gehalt in Anrechnung gebracht wurde. Er rügt auch die Haltung des Vorstandes bei der Ausschreibung der Extrasteuer bei dem Geraer Aussperrung.

Hernsdorf-Leipzig kritisiert, daß der Vorstand ohne weiteres ein Mitglied in Leipzig ausgeschlossen hat. Es scheint der rechte Mann im Vorstande zu fehlen.

Zehms-Berlin wendet sich gleichfalls mit einigen Klagen gegen den Vorstand.

Jädel-Hannover bittet, auf den Zentralvorstand keinen Stein zu werfen wegen der Verhältnisse in Barmen, dort war alles zu sehr verlottert. Wie sollte da der Zentralvorstand Klarheit bekom-men? Die Revisoren haben auch nur in Unwissenheit gehandelt.

Baldau-Burghardisdorf übt an der Geschäftsführung des Zentralvorstandes Kritik.

Bretschneider-Gera verteidigt die Haltung des Vorstandes bei dem Greiz-Geraer Kampf. Er bittet um Meinungen darüber, ob eine andere Taktik bei Lohnkämpfen einzuschlagen sei.

Dressel-Görlitz wundert sich, daß der Delegierte aus Nawawes sich gegen den Zentralvorstand in dem Potsdamer Falle wandte. Die Haltung des Vorstandes sei korrekt gewesen.

Rössel-Berlin wendet sich zunächst persönlich gegen Reichel und kommt dann auf den Greiz-Geraer Streit zu sprechen. Ob der Kampf noch zu gewinnen war oder nicht, war nicht voranzuziehen. Hernsdorf erwidert er, daß auch der Vorstand einmal ein Mitglied ausschließen müsse, namentlich, wenn die Kollegen in dem betreffenden Orte damit einverstanden sind, wie es hier gewesen sei.

Zürge-Barmen wendet sich gegen Jädel, der über alle Fehler des Vorstandes den Mantel der christlichen Liebe decken wolle. Der Zentralvorstand habe in dem Barmen Fall nicht gehandelt, wie es notwendig war.

Hübsch-Berlin: Der Vorstand konnte in dem Barmen Fall sich nur an die Abrechnungen halten, die stets künften. Hätte sich der Barmen Fall Vorstand um die Kasse gekümmert, wäre eine Unterjochung nicht möglich gewesen. Gegen den Gauleiter (Hörig) konnte sich der Vorstand erheben, nachdem Belastungsmaterial gegen ihn vorlag. Sämtlich des Potsdamer Falles (Dreißer) erklärt Redner, Dreißer sei von dem Vorwurf des bewußten Streikbruchs nicht freizusprechen; des-halb konnte auch sein Mandat nicht anerkannt werden. — Die Extrasteuer hätte freilich früher ausgeschrieben werden können. Ob das aber taktisch besser gewesen wäre, sei eine andere Frage.

Wolfram-Böhlen rät, in den Ortsvereinigungen richtig zu arbeiten, dann werde auch der Zentralvorstand nicht so leicht in Lagen kommen, selber Fehler zu machen.

Peiffer-Ronneburg zeigt, daß durch die letzte Extrasteuererhebung nicht so viel einkam, wie hätte einkommen können. Der Vorstand hätte die säumigen Orte an ihre Pflicht erinnern müssen.

Es wird ein Schlußantrag angenommen. Nach sachlichen und persönlichen Bemerkungen wird dem Vorlande Entlastung erteilt.

Es kommt hierauf zur Verhandlung die Arbeitslosenunter-stützung. Das Wort nimmt Ref. Schrader-S Hannover: Die Frage beschäftigt den Verband nicht zum ersten Mal. Es gab aber eine Zeit, wo man der Arbeitslosenunterstützung ziemlich skeptisch gegenüber stand, weil sie der Organisation ihren Kampfcharakter nehmen und höhere Bei-träge notwendig machen würde. Mit beiden Ansichten hat man brechen müssen. Die Unternehmer verstanden, die Gewerkschaften schamhaft zu machen, dieselben müssen deshalb numerisch gestärkt werden. Ein Mittel dazu ist die Arbeitslosen-Unterstützung in der Gewerkschaft, da sie im Grunde ist, die Mitglieder an den Verband zu fesseln und ihm neue Mitglieder zuzuführen.

Nachdem man auf früheren Kongressen prinzipiell gegen die Arbeits-losen-Unterstützung Stellung nahm, erklärte sich die letzte Generalversam-mlung im Prinzip für die Arbeitslosen-Unterstützung. Durch Abstimmung ist zwar die Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt worden, womit aber die Angelegenheit noch nicht erledigt ist. Die Mitglieder müssen über den Wert der Arbeitslosen-Unterstützung aufgeklärt werden. Die Art, wie die Abstimmung eingeleitet wurde, war nicht im Stande, die Mit-glieder für die Unterstüttung zu gewinnen, es wurde zu viel Nachdruck auf die Notwendigkeit einer damit verbundenen Beitragserhöhung gelegt. Verlangte man früher vom Staate die Unterstüttung der Arbeitslosen, so müsse man jetzt den Gedanken aufgeben, daß der Staat sich einmal der Arbeitslosen annehmen würde.

Verschiedene Vorschläge auf sozialem Gebiete müssen das Vertrauen zur Regierung nach dieser Richtung hin vollständig befechten. Der oft noch erhobene Einwand, daß weitere Beitragserhöhungen nicht mehr angängig seien, müsse entschieden bekämpft werden, denn Beitragserhöhungen werden schon durch die wirtschaftlichen Kämpfe bedingt. Redner ist der Meinung, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sobald wie möglich vollzogen werden müßte. Zum Schluß empfiehlt er folgende Resolution zur Annahme:

Die in Mühlhausen i. Th. tagende 8. Generalversammlung des Ver-bandes Deutscher Textilarbeiter erkennt an, daß in der Arbeitslosenunter-stüttung den Gewerkschaften ein geeignetes Mittel der inneren Be-festigung gegeben ist, auch dazu bestimmt, die ökonomische Lage der Ar-beiterchaft insofern zu heben, als letztere in Zeiten der Arbeitslosig-keit vor den schlimmsten Folgen derselben geschützt wird.

Die Generalversammlung hält daher diese Unterstüttung in Kran-kenfällen in Form der Erwerbslosenunterstützung für dringend not-wendig. Da aber das Vorhandensein einer sicheren finanziellen Unter-lage die erste Vorbedingung für Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist — soll nicht die Aktionsfähigkeit der Organisation darunter leiden — diese Unterlage z. Z. aber noch nicht gegeben ist, beschließt die General-versammlung:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, ein Regulative zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung auszuarbeiten, daselbe mit dem Aus-schuß und den Gauleitern eingehend durchzuberaten und dann der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Mindestens 6 Monate vor der nächsten Generalversammlung ist der geklärteste Entwurf zu veröffentlichen.

Folgender Zusatz zu dieser Resolution wird ebenfalls angenommen: „Die diesjährige Generalversammlung beauftragt den Vorstand, für die Arbeitslosenunterstützung eine energische Agitation zu entfalten.“

Steinbrink-Ebersfeld: Wir brauchen mit der Arbeitslosenunter-stüttung anderer Gewerkschaften nicht nachzugehen; wenn wir es aber tun, müssen wir es auch in Bezug auf unsere Beiträge tun, weil der wirtschaftliche Kampf ja auch immer mehr Mittel erfordert.

Umbreit (Generalkomm.) glaubt, daß die Arbeitslosenunterstützung bei den Textilarbeitern nur wenige Pfennige pro Woche erfordern würde. Ein geltvoller, von reichem Zahlenmaterial unterstützter Rede sucht er seine Meinung zu begründen.

2. Verhandlungstag.
Mühlhausen, 15. April 1906.
Vormittags-Sitzung.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

Um 10 Uhr eröffnet Vorsitzender Hübsch die Sitzung. Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung wird durch Hilger-Barmen eröffnet. Er beweihe, daß die Statistik An-brede für den Verband der Textilarbeiter maßgebend sei. Die Unter-stüttung würde dem Verbands mehr kosten, als Unzucht annehmen. Die Textilarbeiter müßten zunächst zu tätigen Klassenkämpfen er-zogen werden, bevor man ihnen eine solche Unterstüttung böte. Der Vorstand hätte freilich die Diskussion über die Frage in Ruhe bringen müssen. Ob dadurch die Anhänger dieser Unterstüttung vermehrt wor-den wären, ist fraglich. Wollen wir in Zukunft aktionsfähig bleiben, so müssen wir unsere Mitglieder auf die Notwendigkeit einer anseh-lichen Beitragserhöhung vorbereiten. Ein Sprung von 80 auf 80 Pf.

wäre notwendig, wenn auch nicht gleich möglich. Redner ist ein prinzipieller Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung. Wo, sollten nicht die Erhaltung der Arbeitslosen der Unternehmer und dem Staat abnehmen.

Liebold-Hof: Vor zwei Jahren wurde bestimmt, daß heute die Arbeitslosen-Unterstützung aufgenommen werden sollte. In zwei Jahren werden wir in der Frage auch noch nicht weiter sein. Welche man heute wenigstens die Unterstüttung faktisch ein. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag, der indes nicht die entsprechende Unter-stüttung findet.

Hübsch-Rhede ist im Prinzip mit der Arbeitslosen-Unterstützung einverstanden. Die Beiträge werden aber erhöht werden müssen, wenn die Unterstüttung werden viel kosten, wenn sie eine gewisse Höhe er-reichen soll. Aber kommen muß die Unterstüttung dem Staat, nicht die gewerkschaftlichen Interessen.

Bretschneider-Gera tritt ebenfalls für die Arbeitslosen-Unter-stüttung ein. Die Arbeiter hätten auf 1 Pf. pro Woche und 1 Pf. monatlich für die Unterstüttung abstrahiert. Eine solche wäre eine Bei-tragserhöhung nicht möglich. Mitgliedsbeiträge könnten nicht so hoch sein. Redner ist gegen die Einführung der Unterstüttung ein.

Berger-Barmen weist, daß seit der letzten Generalversammlung für die Arbeitslosenunterstützung nicht genug gemacht wurde. Er möchte am liebsten gleich zur Verabschiedung der Unter-stüttung übergehen.

Deßner-Augsburg: Die heutigen verfügbaren Mittel würden schon nicht zum Kampf, noch weniger zur Unterstüttung, beitragen. Erhöhung würde die Arbeitslosenunterstützung schwebelhaft machen, sich ziehen. Heute werde aber eine Beitragserhöhung noch nicht möglich sein. Redner wünscht monatliche statistische Aufnahmen über die Arbeitslosigkeit und empfiehlt die Annahme der Resolution der Referenten.

Reichel-Chemnitz hält die Arbeitslosenunterstützung für sehr wichtig, weil andere Organisationen mit der Unterstüttung gemacht haben. Die Arbeitslosigkeit sei in der Textilindustrie be-tragender als in den anderen Hauptindustrien. Die Gewerkschaften werde durch die Unterstüttung erhebliche materielle Vorteile erhalten, wie es bei den Metall- und Holzarbeitern der Fall war. Redner bittet die Mitglieder, wenn man sie im Grunde nicht ablehnen will, die Unter-stüttung würde auch der Lohndruck bewahren. Beitragserhöhungen müsse notwendig sein, auch ökonomisch getragen werden, wenn die Unter-stüttung eingeführt würde. Statistische Beitragsaufnahmen sind auch notwendig. (Beifall.)

Polorn-Glauchau will mit der Unterstüttung nicht warten, er möchte einen Zuzug zur Resolution der Referenten, daß sofort in die Agitation für die Arbeitslosenunterstützung ein-zutreten werden muß. Die Arbeitslosenunterstützung wird auch zu einem Damm gegen Streikbruch werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Schrader-S Hannover bekommt darauf das Wort, er ist der Meinung, daß die Arbeitslosenunterstützung keine notwendige Bei-tragserhöhung notwendig machen würde. Die Metallarbeiter geben pro Kopf und Woche nur 3 Pf. dafür an. Er würde in der Reso-lution weitergehen, wenn die Verarbeiter nur die Unterstüttung weiter geben würden. Es handle sich hauptsächlich um die Feststellung, in welcher Weise man zur Arbeitslosenunterstützung kommen könne. Er bittet um Annahme seiner Resolution.

Der Zusatzantrag Polorn: Agitation über den Wert der Arbeitslosenunterstützung zu entfalten, wird angenommen, anzuordnen die Resolution des Referenten. Damit sind alle Anträge zur Ar-beitslosenunterstützung erledigt.

Man geht nun Punkt „Fachpresse“ über.

Referent Rössel-Berlin zeigt an, daß sich schon vor 15 Jahren auf dem Pörschener Kongress, wo der Verband gegründet wurde, mit der Fachpresse beschäftigt. Schon damals wurde der „Textilarbeiter“ in eigene Regie der Textilarbeiter übergeben. Trozdem wird aber gesagt, das Blatt gehe, nach Zähler. Es wird nun auch gesagt, das Blatt konnte in eigene Regie des Ver-bandes übernommen werden, auch wenn es in Chemnitz weiter abgedruckt und redigiert würde. Unter den jetzigen Verhältnissen habe der Verband auf das Blatt keinen Einfluß. Wiesow, der Referent, habe früher erklärt, das Pörschener Unternehmen werde vollständig im Sinne des Verbandes geleitet. Damit sei man nicht mehr einverstanden im Lande. Deshalb beschloß die vorige Generalversammlung, daß die Frage erwogen werden sollte, wie Verbandsorgan und Ver-bandspreise zusammengebracht werden könnten. Statt dessen wurde aber die Preiskommission durch Vertrag das jetzige Verhältniß in Kon-servieren. Der Verbandsvorstand konnte darauf nicht eingehen. In einer späteren Konferenz wurde schließlich, daß andere Unternehmen, wie die des „Vorwärts“, billiger ließen, was seitens der Preiskom-mission als Untergebot bezeichnet wurde. Es wurde aber auch er-klärt, daß der Verbandsvorstand aus verwerflichen Gründen nicht nach Chemnitz genommen werden könne. Das Jageländische ist sehr wertvoll. Redner bespricht dann kritisch die Artikel in der Fachpresse, die sich für Chemnitz als gemeinsamen Sitz von Fachpresse und Ver-bandsvorstand aussprechen. Er behauptet dann die verschiedenen zur Sache vorliegenden Anträge und behandelt dann die geschäftliche Seite des jetzigen Zustandes. Der Verband ist Abnehmer des Pörscher und bezahlt es mit 10 Pf. pro Exemplar; je höher die Auflage, umso höher der Ueberdruck, der aber nicht dem Verbands gehört. Pörsch brauche der „Textilarbeiter“ einen Fonds von 10.000 Mk. Warum hat man nicht schon längst das Blatt veräußert, warum nicht schon einen weiteren Redakteur eingestellt? Der Verband habe auf alle diese Dinge keinen Einfluß; das sei ein unhaltbarer Zustand, der in keiner anderen Organisation zu finden sei. Der Umstand, daß Redakteur und Verbandsvorstand nicht zusammenhängen, habe oft in Un-zuträglichkeiten geführt, deren Wiederholungen man vermeiden muß. Die Preiskommission ist Ausschussinstanz für die Fachpresse, hält aber als solche verhältnismäßig wenig Einkünfte ab. Etwas lebhafter würde sich das Betriebe in Berlin entfalten; auch die jetzt notwendige doppelte Berichterstattung seitens der Ältesten an Vorstand und Pörsch würde sich erübrigen. Verbands- und Redaktionsbibliothek vergrößert, würde beiden Teilen zum Nutzen gereichen. Redner kommt dann auf das Verbandsorgan zu sprechen, das sich in Gemeinschaft mit dem Vorstand ordnungsmäßiger gestalten würde. Der Vorstand müsse Zu- und Abnahme der Mitglieder für die einzelnen Orte kontrollieren können. Der „Textilarbeiter“ ist auch Publikationsorgan einer Ge-meinschaft, deren Verwaltungsbeamten auch als Ausschussmitglieder des Ver-bandes das Verbandsorgan unentgeltlich geliefert bekommen. Auch da hat der Vorstand nicht hineinzureden. Redner glaubt, daß mit dem heutigen Verhältnis gedreht werden kann, ohne daß die Agi-tation in solchen darunter leide und persönliche Schädigungen ent-ständen. Die in Sachsen geübte Agitationsmethode sei veraltet. Zur Frage des gemeinsamen Sitzes übergehend, behauptet Redner, daß Chemnitz wegen des nicht angenehmen bekannten städtischen Verhältnisses nicht in Frage kommen könnte. Berlin eignete sich besser. Der Ausschuß würde vielleicht am besten nach Chemnitz zu verlegen sein. Der Vorstand der Zeitung würde von Berlin aus auch einen diebe weit entfernter Orte sich schneller bewirken lassen, als von Chemnitz aus. Er hoffe, daß er die Zusammenlegung von Pörsch und Vorstand nach Berlin genug begründet habe. Die Druckkosten würden in Berlin nicht teurer, sondern billiger sein. Es könnten in Berlin an dem Blatte bei noch größeren Aufwendungen für daselbe als gegenwärtig, mindestens 15.000 Mk. pro Jahr erspart werden. Es würde aber auch an Porto von Berlin aus gespart werden. Die in Sachsen von dem Geschäft zu zahlende Steuer von jährlich circa 100 Mk. würde auch erspart werden. In Sachsen droht auch der Gewerkschaft eine Steuer, was man gleichfalls beachten möge. Redner stellt dann noch, daß der „Textilarbeiter“ dem Verbands pro Jahr und Quartal 125 Mk. kostet. Die Metallarbeiterzeitung koste aber dem Metallarbeiterver-bande nur 6,70 Mk. Wenn wir in letzter Zeit unter Nicht an ein was billiger bekommen, so kommen wir doch noch länger nicht in billige weg wie andere Verbände. Die Druckerlei möge nicht billiger werden können, weil sie vielleicht nicht auf der technisch höchst hohe und größere Druckereien. Wir müssen aber unsere Verhältnisse wahren. Ung

Es wird nun auch gesagt, das Blatt konnte in eigene Regie des Ver-bandes übernommen werden, auch wenn es in Chemnitz weiter abgedruckt und redigiert würde. Unter den jetzigen Verhältnissen habe der Verband auf das Blatt keinen Einfluß. Wiesow, der Referent, habe früher erklärt, das Pörschener Unternehmen werde vollständig im Sinne des Verbandes geleitet. Damit sei man nicht mehr einverstanden im Lande. Deshalb beschloß die vorige Generalversammlung, daß die Frage erwogen werden sollte, wie Verbandsorgan und Ver-bandspreise zusammengebracht werden könnten. Statt dessen wurde aber die Preiskommission durch Vertrag das jetzige Verhältniß in Kon-servieren. Der Verbandsvorstand konnte darauf nicht eingehen. In einer späteren Konferenz wurde schließlich, daß andere Unternehmen, wie die des „Vorwärts“, billiger ließen, was seitens der Preiskom-mission als Untergebot bezeichnet wurde. Es wurde aber auch er-klärt, daß der Verbandsvorstand aus verwerflichen Gründen nicht nach Chemnitz genommen werden könne. Das Jageländische ist sehr wertvoll. Redner bespricht dann kritisch die Artikel in der Fachpresse, die sich für Chemnitz als gemeinsamen Sitz von Fachpresse und Ver-bandsvorstand aussprechen. Er behauptet dann die verschiedenen zur Sache vorliegenden Anträge und behandelt dann die geschäftliche Seite des jetzigen Zustandes. Der Verband ist Abnehmer des Pörscher und bezahlt es mit 10 Pf. pro Exemplar; je höher die Auflage, umso höher der Ueberdruck, der aber nicht dem Verbands gehört. Pörsch brauche der „Textilarbeiter“ einen Fonds von 10.000 Mk. Warum hat man nicht schon längst das Blatt veräußert, warum nicht schon einen weiteren Redakteur eingestellt? Der Verband habe auf alle diese Dinge keinen Einfluß; das sei ein unhaltbarer Zustand, der in keiner anderen Organisation zu finden sei. Der Umstand, daß Redakteur und Verbandsvorstand nicht zusammenhängen, habe oft in Un-zuträglichkeiten geführt, deren Wiederholungen man vermeiden muß. Die Preiskommission ist Ausschussinstanz für die Fachpresse, hält aber als solche verhältnismäßig wenig Einkünfte ab. Etwas lebhafter würde sich das Betriebe in Berlin entfalten; auch die jetzt notwendige doppelte Berichterstattung seitens der Ältesten an Vorstand und Pörsch würde sich erübrigen. Verbands- und Redaktionsbibliothek vergrößert, würde beiden Teilen zum Nutzen gereichen. Redner kommt dann auf das Verbandsorgan zu sprechen, das sich in Gemeinschaft mit dem Vorstand ordnungsmäßiger gestalten würde. Der Vorstand müsse Zu- und Abnahme der Mitglieder für die einzelnen Orte kontrollieren können. Der „Textilarbeiter“ ist auch Publikationsorgan einer Ge-meinschaft, deren Verwaltungsbeamten auch als Ausschussmitglieder des Ver-bandes das Verbandsorgan unentgeltlich geliefert bekommen. Auch da hat der Vorstand nicht hineinzureden. Redner glaubt, daß mit dem heutigen Verhältnis gedreht werden kann, ohne daß die Agi-tation in solchen darunter leide und persönliche Schädigungen ent-ständen. Die in Sachsen geübte Agitationsmethode sei veraltet. Zur Frage des gemeinsamen Sitzes übergehend, behauptet Redner, daß Chemnitz wegen des nicht angenehmen bekannten städtischen Verhältnisses nicht in Frage kommen könnte. Berlin eignete sich besser. Der Ausschuß würde vielleicht am besten nach Chemnitz zu verlegen sein. Der Vorstand der Zeitung würde von Berlin aus auch einen diebe weit entfernter Orte sich schneller bewirken lassen, als von Chemnitz aus. Er hoffe, daß er die Zusammenlegung von Pörsch und Vorstand nach Berlin genug begründet habe. Die Druckkosten würden in Berlin nicht teurer, sondern billiger sein. Es könnten in Berlin an dem Blatte bei noch größeren Aufwendungen für daselbe als gegenwärtig, mindestens 15.000 Mk. pro Jahr erspart werden. Es würde aber auch an Porto von Berlin aus gespart werden. Die in Sachsen von dem Geschäft zu zahlende Steuer von jährlich circa 100 Mk. würde auch erspart werden. In Sachsen droht auch der Gewerkschaft eine Steuer, was man gleichfalls beachten möge. Redner stellt dann noch, daß der „Textilarbeiter“ dem Verbands pro Jahr und Quartal 125 Mk. kostet. Die Metallarbeiterzeitung koste aber dem Metallarbeiterver-bande nur 6,70 Mk. Wenn wir in letzter Zeit unter Nicht an ein was billiger bekommen, so kommen wir doch noch länger nicht in billige weg wie andere Verbände. Die Druckerlei möge nicht billiger werden können, weil sie vielleicht nicht auf der technisch höchst hohe und größere Druckereien. Wir müssen aber unsere Verhältnisse wahren. Ung

Es wird nun auch gesagt, das Blatt konnte in eigene Regie des Ver-bandes übernommen werden, auch wenn es in Chemnitz weiter abgedruckt und redigiert würde. Unter den jetzigen Verhältnissen habe der Verband auf das Blatt keinen Einfluß. Wiesow, der Referent, habe früher erklärt, das Pörschener Unternehmen werde vollständig im Sinne des Verbandes geleitet. Damit sei man nicht mehr einverstanden im Lande. Deshalb beschloß die vorige Generalversammlung, daß die Frage erwogen werden sollte, wie Verbandsorgan und Ver-bandspreise zusammengebracht werden könnten. Statt dessen wurde aber die Preiskommission durch Vertrag das jetzige Verhältniß in Kon-servieren. Der Verbandsvorstand konnte darauf nicht eingehen. In einer späteren Konferenz wurde schließlich, daß andere Unternehmen, wie die des „Vorwärts“, billiger ließen, was seitens der Preiskom-mission als Untergebot bezeichnet wurde. Es wurde aber auch er-klärt, daß der Verbandsvorstand aus verwerflichen Gründen nicht nach Chemnitz genommen werden könne. Das Jageländische ist sehr wertvoll. Redner bespricht dann kritisch die Artikel in der Fachpresse, die sich für Chemnitz als gemeinsamen Sitz von Fachpresse und Ver-bandsvorstand aussprechen. Er behauptet dann die verschiedenen zur Sache vorliegenden Anträge und behandelt dann die geschäftliche Seite des jetzigen Zustandes. Der Verband ist Abnehmer des Pörscher und bezahlt es mit 10 Pf. pro Exemplar; je höher die Auflage, umso höher der Ueberdruck, der aber nicht dem Verbands gehört. Pörsch brauche der „Textilarbeiter“ einen Fonds von 10.000 Mk. Warum hat man nicht schon längst das Blatt veräußert, warum nicht schon einen weiteren Redakteur eingestellt? Der Verband habe auf alle diese Dinge keinen Einfluß; das sei ein unhaltbarer Zustand, der in keiner anderen Organisation zu finden sei. Der Umstand, daß Redakteur und Verbandsvorstand nicht zusammenhängen, habe oft in Un-zuträglichkeiten geführt, deren Wiederholungen man vermeiden muß. Die Preiskommission ist Ausschussinstanz für die Fachpresse, hält aber als solche verhältnismäßig wenig Einkünfte ab. Etwas lebhafter würde sich das Betriebe in Berlin entfalten; auch die jetzt notwendige doppelte Berichterstattung seitens der Ältesten an Vorstand und Pörsch würde sich erübrigen. Verbands- und Redaktionsbibliothek vergrößert, würde beiden Teilen zum Nutzen gereichen. Redner kommt dann auf das Verbandsorgan zu sprechen, das sich in Gemeinschaft mit dem Vorstand ordnungsmäßiger gestalten würde. Der Vorstand müsse Zu- und Abnahme der Mitglieder für die einzelnen Orte kontrollieren können. Der „Textilarbeiter“ ist auch Publikationsorgan einer Ge-meinschaft, deren Verwaltungsbeamten auch als Ausschussmitglieder des Ver-bandes das Verbandsorgan unentgeltlich geliefert bekommen. Auch da hat der Vorstand nicht hineinzureden. Redner glaubt, daß mit dem heutigen Verhältnis gedreht werden kann, ohne daß die Agi-tation in solchen darunter leide und persönliche Schädigungen ent-ständen. Die in Sachsen geübte Agitationsmethode sei veraltet. Zur Frage des gemeinsamen Sitzes übergehend, behauptet Redner, daß Chemnitz wegen des nicht angenehmen bekannten städtischen Verhältnisses nicht in Frage kommen könnte. Berlin eignete sich besser. Der Ausschuß würde vielleicht am besten nach Chemnitz zu verlegen sein. Der Vorstand der Zeitung würde von Berlin aus auch einen diebe weit entfernter Orte sich schneller bewirken lassen, als von Chemnitz aus. Er hoffe, daß er die Zusammenlegung von Pörsch und Vorstand nach Berlin genug begründet habe. Die Druckkosten würden in Berlin nicht teurer, sondern billiger sein. Es könnten in Berlin an dem Blatte bei noch größeren Aufwendungen für daselbe als gegenwärtig, mindestens 15.000 Mk. pro Jahr erspart werden. Es würde aber auch an Porto von Berlin aus gespart werden. Die in Sachsen von dem Geschäft zu zahlende Steuer von jährlich circa 100 Mk. würde auch erspart werden. In Sachsen droht auch der Gewerkschaft eine Steuer, was man gleichfalls beachten möge. Redner stellt dann noch, daß der „Textilarbeiter“ dem Verbands pro Jahr und Quartal 125 Mk. kostet. Die Metallarbeiterzeitung koste aber dem Metallarbeiterver-bande nur 6,70 Mk. Wenn wir in letzter Zeit unter Nicht an ein was billiger bekommen, so kommen wir doch noch länger nicht in billige weg wie andere Verbände. Die Druckerlei möge nicht billiger werden können, weil sie vielleicht nicht auf der technisch höchst hohe und größere Druckereien. Wir müssen aber unsere Verhältnisse wahren. Ung

Es wird nun auch gesagt, das Blatt konnte in eigene Regie des Ver-bandes übernommen werden, auch wenn es in Chemnitz weiter abgedruckt und redigiert würde. Unter den jetzigen Verhältnissen habe der Verband auf das Blatt keinen Einfluß. Wiesow, der Referent, habe früher erklärt, das Pörschener Unternehmen werde vollständig im Sinne des Verbandes geleitet. Damit sei man nicht mehr einverstanden im Lande. Deshalb beschloß die vorige Generalversammlung, daß die Frage erwogen werden sollte, wie Verbandsorgan und Ver-bandspreise zusammengebracht werden könnten. Statt dessen wurde aber die Preiskommission durch Vertrag das jetzige Verhältniß in Kon-servieren. Der Verbandsvorstand konnte darauf nicht eingehen. In einer späteren Konferenz wurde schließlich, daß andere Unternehmen, wie die des „Vorwärts“, billiger ließen, was seitens der Preiskom-mission als Untergebot bezeichnet wurde. Es wurde aber auch er-klärt, daß der Verbandsvorstand aus verwerflichen Gründen nicht nach Chemnitz genommen werden könne. Das Jageländische ist sehr wertvoll. Redner bespricht dann kritisch die Artikel in der Fachpresse, die sich für Chemnitz als gemeinsamen Sitz von Fachpresse und Ver-bandsvorstand aussprechen. Er behauptet dann die verschiedenen zur Sache vorliegenden Anträge und behandelt dann die geschäftliche Seite des jetzigen Zustandes. Der Verband ist Abnehmer des Pörscher und bezahlt es mit 10 Pf. pro Exemplar; je höher die Auflage, umso höher der Ueberdruck, der aber nicht dem Verbands gehört. Pörsch brauche der „Textilarbeiter“ einen Fonds von 10.000 Mk. Warum hat man nicht schon längst das Blatt veräußert, warum nicht schon einen weiteren Redakteur eingestellt? Der Verband habe auf alle diese Dinge keinen Einfluß; das sei ein unhaltbarer Zustand, der in keiner anderen Organisation zu finden sei. Der Umstand, daß Redakteur und Verbandsvorstand nicht zusammenhängen, habe oft in Un-zuträglichkeiten geführt, deren Wiederholungen man vermeiden muß. Die Preiskommission ist Ausschussinstanz für die Fachpresse, hält aber als solche verhältnismäßig wenig Einkünfte ab. Etwas lebhafter würde sich das Betriebe in Berlin entfalten; auch die jetzt notwendige doppelte Berichterstattung seitens der Ältesten an Vorstand und Pörsch würde sich erübrigen. Verbands- und Redaktionsbibliothek vergrößert, würde beiden Teilen zum Nutzen gereichen. Redner kommt dann auf das Verbandsorgan zu sprechen, das sich in Gemeinschaft mit dem Vorstand ordnungsmäßiger gestalten würde. Der Vorstand müsse Zu- und Abnahme der Mitglieder für die einzelnen Orte kontrollieren können. Der „Textilarbeiter“ ist auch Publikationsorgan einer Ge-meinschaft, deren Verwaltungsbeamten auch als Ausschussmitglieder des Ver-bandes das Verbandsorgan unentgeltlich geliefert bekommen. Auch da hat der Vorstand nicht hineinzureden. Redner glaubt, daß mit dem heutigen Verhältnis gedreht werden kann, ohne daß die Agi-tation in solchen darunter leide und persönliche Schädigungen ent-ständen. Die in Sachsen geübte Agitationsmethode sei veraltet. Zur Frage des gemeinsamen Sitzes übergehend, behauptet Redner, daß Chemnitz wegen des nicht angenehmen bekannten städtischen Verhältnisses nicht in Frage kommen könnte. Berlin eignete sich besser. Der Ausschuß würde vielleicht am besten nach Chemnitz zu verlegen sein. Der Vorstand der Zeitung würde von Berlin aus auch einen diebe weit entfernter Orte sich schneller bewirken lassen, als von Chemnitz aus. Er hoffe, daß er die Zusammenlegung von Pörsch und Vorstand nach Berlin genug begründet habe. Die Druckkosten würden in Berlin nicht teurer, sondern billiger sein. Es könnten in Berlin an dem Blatte bei noch größeren Aufwendungen für daselbe als gegenwärtig, mindestens 15.000 Mk. pro Jahr erspart werden. Es würde aber auch an Porto von Berlin aus gespart werden. Die in Sachsen von dem Geschäft zu zahlende Steuer von jährlich circa 100 Mk. würde auch erspart werden. In Sachsen droht auch der Gewerkschaft eine Steuer, was man gleichfalls beachten möge. Redner stellt dann noch, daß der „Textilarbeiter“ dem Verbands pro Jahr und Quartal 125 Mk. kostet. Die Metallarbeiterzeitung koste aber dem Metallarbeiterver-bande nur 6,70 Mk. Wenn wir in letzter Zeit unter Nicht an ein was billiger bekommen, so kommen wir doch noch länger nicht in billige weg wie andere Verbände. Die Druckerlei möge nicht billiger werden können, weil sie vielleicht nicht auf der technisch höchst hohe und größere Druckereien. Wir müssen aber unsere Verhältnisse wahren. Ung

Es wird nun auch gesagt, das Blatt konnte in eigene Regie des Ver-bandes übernommen werden, auch wenn es in Chemnitz weiter abgedruckt und redigiert würde. Unter den jetzigen Verhältnissen habe der Verband auf das Blatt keinen Einfluß. Wiesow, der Referent, habe früher erklärt, das Pörs

mit in Berlin dazu kommen, müssen wir das Blatt dort herstellen lassen. Suche man die Gelegenheit im Interesse der Organisation zu entscheiden. (Lebhafte Beifall.)

Das Korrespondent wird hierauf wegen der vorgerückten Zeit auf den Nachmittags-Vertrag und eine Kommission zur Vorberatung der auf Statutenänderung gerichteten Anträge gewählt. Vorher gehören an: Kohnen, v. d. Berg, Jürges, Meier, Gröhl, Pfeiffer, Dörmner. Zum Tagesordner der nächsten Generalversammlung wird Leipzig bestimmt. Es werden noch die Daten für die heutige Generalversammlung auf 9 Uhr normiert. Der entfallende Arbeitsverdienst ist voll zu erzielen.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 2 1/2 Uhr. Zum Korrespondent über die Fachpreise bekommt das Wort

Reichelt - Chemnitz. Er bezieht zunächst, daß er in Pöthen auf dem Kongress den Antrag erhielt, die Leitung des Blattes zu übernehmen. Die Sachen brachten einen vorläufigen Entwurf zu einem Verbandsstatut mit zum Kongress. Der Vorstand wurde nach Berlin gegeben. Die Berliner Intelligenz habe es Sachsen überlassen, die für das Frequentieren notwendigen Gelder zu schaffen, was mit großen Schwierigkeiten verknüpft war. 250 Mk. mußten besorgt werden durch Anleihe, die Auflage des Blattes betrug damals 2500, also es von dem Drucker Walther in Bismarck in eigene Regie übernehmen wurde. Da konnte das Blatt nicht so billig geliefert werden, wie es heute der „Vorwärts“ bei Auflage von 81000 liefern wollte. Er selbst habe den Verlag, Redaktion und Expedition gegen eine wöchentliche Entschädigung von 15 Mk. übernommen. Es wurde alles getan, das Blatt und mit ihm die Organisation in die Höhe zu bringen. Es gehöre der Organisation, wenn auch nicht formell. Das Vermögen des Geschäftes betrachte er als Verbandsvermögen. Die Behauptung Reichelt's, daß der Vorstand keinen Einfluß auf das Frequentieren habe, sei unverständlich. Auf den Kongressen und den Generalversammlungen habe die Presse stets einen Rechenschaftsbericht gegeben, und die Vertreter des Verbandes konnten ihren Einfluß geltend machen. Der Redner verteidigt hierauf den Vertrag, den die Prekominmission der Verbandsleitung auf einer Prekominmission vorlegte. Derselbe sollte das Frequentieren nur auf gewisse Zeit sichern. Nach Urteilen des Tarifamtes der Buchdrucker berechnete die „Volkstimme“ ihre Preise nicht zu hoch, sondern zu niedrig. Er (Reichelt) habe stets soweit möglich auf den Preis gedrückt, soweit die Tarife es zuließen. Es sei empfehlenswert, den Vorstand nach Sachsen zu verlegen. Wegen der Widerstandbestimmung des sächsischen Vereinsgesetzes sei das aber unmöglich; aber sei es denn so notwendig, den Vorstand mit der Redaktion zu vereinigen? Er könne das nicht einsehen; gegen den Willen des Vorstandes werde nichts geschrieben. Das von Reichelt behauptete Inzessualsachens bestehe also gar nicht. Man will in Berlin den Einfluß Sachsens heben; Berlin will die Diktatur erziehen. (Widerstand.) Auch in Berlin werde der Redaktionsvorstand bleiben müssen, wenn nicht nur die Meinung des Verbandsvorstandes geltend solle. Den Bedürfnissen des Zentralverbandes könne Rechnung getragen werden durch Anstellung eines weiteren Redakteurs mit dem Sitz in Berlin. Da die Redaktion im Hause der Druckerei ist, kann sich manche verpöbelte Einmischung annehmen werden, was vielleicht in Berlin nicht möglich wäre. Der Reichelt's, daß das Fachorgan Publikationsorgan einer Partei sei, könnte leicht abgeholfen werden. Die Prekominmission würde den Wünschen des Vorstandes gewiß Rechnung tragen. Reichelt sage, mit der Reichelt's bedelung nach Berlin brauche niemand geschädigt zu werden. Er (Reichelt) erkläre heute, daß er unter den obwaltenden Umständen nicht mit nach Berlin ginge, obwohl die Prekominmission ihn zum Verbleiben nicht nach Berlin wolle. Reichelt's, daß die Prekominmission die Prekominmission der Verbandsleitung nicht als Geschäftsführer. Berichte ich denn aber weiter nichts als nur meine geschäftlichen Arbeiten? Ich betreibe doch auch die Agitation in Sachsen, die fast meine ganze Arbeitskraft in Anspruch nimmt. Und wir haben gute Fortschritte gemacht. In letzter Zeit ist die Mitgliederzahl in Sachsen infolge der Massenauflösungen sehr zurückgegangen. Im allgemeinen war die Steigerung der Mitgliederzahl in Sachsen größer als in manchen anderen Bezirken. Die von Reichelt als „veraltet“ bezeichnete Agitationsart habe an Erfolg noch nichts eingebüßt, und werde auch noch später angewandt werden müssen. Nicht jeder Aktive kann als Referent verwendet werden, namentlich wenn er die örtlichen Verhältnisse nicht kennt. Nur in solchen Fällen habe er (Reichelt) sich bisher gegen Maßnahmen des Zentralverbandes und gegen gewisse Referenten gewendet. Die Agitation müsse praktisch betrieben werden. — Wenn der „Textilarbeiter“ Fonds ansammle, gelte es, nur auf Anregung des Kassierers Treue, der nicht so oft Zahlung zu leisten brauche. Der Ueberfluß von 15000 Mk., den Reichelt bei dem Druck des „Textilarbeiters“ im „Vorwärts“ herausgebracht, schreibe, wenn man die Arbeiterhöfe und Ueberwertungen an den Verband berechnete, sei ganz vollkommen. Vorwärtsparnis würde auch nicht gemacht werden, bei dem Verbleiben von Berlin aus; seiner Berechnung nach würde sich das Porto erhöhen.

Das würde sich später gewiß herausstellen. Wenn auf der sächsischen Konferenz fast einmütig gewünscht wurde, daß die Fachpreise in Chemnitz ließe, so solle man sie auch da belassen, wo sie begünstigt wurde. (Lebhafte Bravo!)

Landgraf - Chemnitz (Vertreter der Druckerei „Volkstimme“): Redenshaft darüber abzulegen, wie die „Volkstimme“ zu ihren Preisen kommt, kann sehr schnell gelingen. Das Ausschiedsgericht der Buchdrucker kann darüber Auskunft geben; mit Zahlen kann man alles beweisen. Wenn Reichelt den Preis des „Textilarbeiters“ mit dem des in viel größerer Auflage erscheinenden Metallarbeiterblattes in Vergleich stelle, war es ihm leicht, die „Teuerung“ des „Textilarbeiters“ „nachzuweisen“. Wir haben den Preis mit dem Steigen der Auflage stets herabgesetzt und würden es auch später tun, also den Preis der „Metallarbeiterzeitung“ mit der Zeit nahe kommen. Das Ausschiedsgericht der Buchdrucker habe ihm bescheinigt, daß der jetzige Preis des „Textilarbeiters“ nicht zu hoch ist. (Redner verliest den schriftlichen Bescheid.) Bisher könne das Blatt nicht geliefert werden, heißt es dann; der Preis müsse als ein gewerkschaftlicher erachtet werden. Wenn andere Druckereien sich billiger anbieten, könne es nur später schadlos zu halten. Wir haben im Anfang den „Textilarbeiter“ unter dem tarifmäßigen Satz geliefert, man muß uns nun auch gestatten, wenigstens nach dem Tarif zu berechnen. Die anderen Druckaufträge werden gleichfalls nur zu tariflichem Preise geliefert. Bei billigerem Material könne allerdings billiger geliefert werden. Unterangebote werden auch hier nur auf Kosten des Materials gemacht.

Wernicke - Chemnitz will die Legende zerstören, daß die Prekominmission eine Kapitalistengesellschaft sei. Die Annehmlichkeiten des Fonds gelte mit Zustimmung des Vorstandes.

Andere Kapitalisten werden stets von uns als Verbandsvermögen betrachtet, wie auch das Verbandsorgan als solches. Alle Wünsche des Redakteurs sind berücksichtigt worden. Hätte der Vorstand auf den Reingewinn Anspruch gemacht, hätte er ihn bekommen.

Kohnen (Vertreter des „Vorwärts“) hält seine Kalkulation aufrecht. Die Anfrage des Textilarbeiter-Verbandes wurde objektiv und gewissenhaft behandelt.

Das „Vorwärts“-angebot sei nach bestem Wissen und Gewissen gemacht worden. Eine ganze Reihe Berliner Druckereien mit vorwiegend dem Rotationsdruck würden noch billiger liefern. Mit unermüdetem Wettbewerbe könne hier keine Rede sein.

Süßbach verweist darauf, daß man nicht jetzt erst den „Textilarbeiter“ nach Berlin haben wolle, sondern daß dieses Bestreben schon vor 10 Jahren vorhanden war. Stets wurde uns aber entgegengehalten, daß das Blatt in Berlin teurer würde. Deshalb ist wohl noch nie die Textilarbeiterzeitung darauf eingegangen. — Als sich herausstellte, daß sich das Blatt in Berlin billiger stellen würde, führte die Prekominmission das darauf zurück, daß in den in Betracht kommenden Druckereien die Arbeitsverhältnisse zu wünschenswert seien. Auch das hat sich als falsch herausgestellt. — Dann hieß es wieder, es werde nur unläuterer Wettbewerb betrieben. Den Berliner Druckereien ist aber dergleichen nicht nachzuweisen. Aus prinzipiellen Gründen sei die Verbandsleitung schon vor 10 Jahren notwendig geworden; heute, wo der Verband größer ist, sei das noch mehr der Fall.

Krawinkel - Chemnitz empfiehlte als gemeinsamen Sitz Gera, wenn die Verhältnisse es gestatten würde. Das Blatt sollte dann in der dortigen Druckerei der „Tribüne“ gedruckt werden. Auch hier würde die Herstellung des Blattes billiger werden als in Chemnitz, auch noch billiger als in Berlin.

Stetschneider - Gera hält die Verschmelzung von Vorstand und Redaktion für unerlässlich. Sachsen scheide aber aus Vereinsgesetzen, so empfiehlte er Gera, aber eben nur für diesen Fall.

Süßbach wärdet darüber freilich gleichfalls für die Verschmelzung. Dem Redakteur dürfe auch nicht über die Straße schlagen. Redner aber der Redakteur dürfe auch nicht über die Straße schlagen. Redner hält auch eine mehr für inhaltliche Ausgestaltung des Blattes für notwendig; es solle mehr über die Arbeit ausgegeben werden, namentlich für wirtschaftspolitische Artikel. Wir müssen unsere Mitglieder durch das Fachorgan mehr und mehr zu bilden suchen.

Schradner - Hannover stellt die Frage: Ist es praktisch, die Leitung des Verbandes mit seinem Sprachorgan zusammenzuführen? Und ist es notwendig, Berlin als gemeinsamen Sitz dafür zu bestimmen? Die erste Frage sei unbedingt zu bejahen; denn das sei bei großen Kämpfen sehr praktisch. Gegen Berlin als gemeinschaftlichen Sitz sei nichts einzuwenden, wohl aber gegen Chemnitz, wie selbst von sächsischen Kollegen zugegeben werde. Gera oder ein anderer Ort könne erst in Frage kommen, wenn sich Berlin als ungeeignet zu gemeinsamem Sitz erweise. In diesem Sinne sei aber noch nichts vorgebracht worden.

Schluß der Sitzung um 6 Uhr.

Mitteilungen aus Fachreisen.

Ludewalde. Am 21. März fand unsere Monatsversammlung statt. Unser Delegierter, Kollege Köpfer, sprach über die vorliegenden Anträge zur Generalversammlung. Die Versammlung war einverstanden mit seiner Stellungnahme hierzu. Ferner gelangte der Antrag des Vorstandes zur Annahme, ein Schreiben an den Fabrikantenverein um Freigabe des 1. Mai zu richten.

Blauen II. Erstreckt sich die Agitation der Blauen Kollegen unter den Stücken im oberen Vogtlande nicht umsonst gewesen. Am Sonntag den 1. April tagte in Trieb eine öffentliche Textilarbeiterversammlung, zu welcher sich aus Trieb, Bergen und Schönau eine hübsche Anzahl Sticker eingefunden hatten. Genosse Wendler - Blauen kennzeichnete in längerer Ausführungen die Profitsucht des Unternehmertums. Besonders in der Stickereindustrie kann man sehen, welche ungeheuren Gewinne die Fabrikanten einheimen. Gibt es doch genug unter diesen, welche vor einigen Jahren mit ganz geringem, mitunter gar keinem Anlagekapital sich etablierten, jetzt bereits aber eine eigene herrliche Villa besitzen. Sind nun die Löhne der Arbeiter auch bessere geworden? Das Gegenteil ist der Fall, sie sind in den letzten Jahren um 40 bis 50 Prozent gesunken. Sie wären wohl noch tiefer gesunken, wenn nicht die Organisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen Front gemacht hätte. Redner schilderte weiter den Wert und Nutzen der Organisation und betonte, daß nur durch diese höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erlangt werden können. Auch die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. 10 Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verband, sodas die Zahl der Organisierten bereits 33 beträgt. Nun, ihr Kollegen obengenannter Orte, arbeitet, agitiert weiter, ihr Kollegen Blauen Kollegen in ihrem Bestreben, einen einheitlichen Lohn für das gesamte Vogtland zu schaffen. Tretet ferner ein für die Verkürzung der Arbeitszeit, die so schöne Industrie wieder auf eine gesunde Basis gebracht werden.

Blauen. Arges Geschick haben die Sticker-Unternehmen hier in Blauen mit ihrer Agitation. Nachdem sie bereits vor einiger Zeit in einer von ihnen einberufenen öffentlichen Versammlung recht kläglich abgehandelt haben, da sich bekanntlich das Bureau aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften zusammensetzte und ihnen auch recht viel bittere Wahrheiten gesagt wurden, versuchten sie es am Sonntag den 8. April wieder, Anhänger zu werben. Eine große öffentliche Textilarbeiterversammlung hatten sie einberufen in die „Freundschaft“ (ein Lokal, welches sonst Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht), zu welcher sich außer den freien Gewerkschaftlern, die ungefähr 30 Mann stark erschienen waren, noch gegen 12 oder 13 „Sticker“ (meist Metallarbeiter) eingefunden hatten. Den Vorstehenden hatten sie sich selbst mitgebracht. Von uns wurde selbstverständlich Bureauauf verlangt, doch kam nur diebes Verlangen, worauf die freien Gewerkschaftler das Lokal geschlossen verließen, um den Referenten aus Spremberg mit seinem Dugend Betruen hübsch allein zu lassen, welcher denn nun auch seiner Zeit durch tüchtiges Schimpfen auf die bösen Sozialdemokraten Ausdruck gab (wie bürgerl. Blätter berichten), da ja keine Gegner da waren.

Blauen II. Die am 7. April d. J. im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitgliederversammlung, welche ziemlich gut besucht war, beschäftigte sich zuerst mit einigen wichtigen Vorschlägen zur Generalversammlung. Aus dem Bericht von der Landeskonferenz war zu ersehen, daß trotz aller Schätzerleistungen seitens der Unternehmer unsere Organisation gewaltige Fortschritte macht. — Um zur Agitation genügend Arbeitsfreudige zur Verfügung zu haben, wurde eine Kommission von 10 Mann gewählt. — Auf Vorschlag des Kartells soll ein Arbeiterschutzkomitee gebildet werden, welches sowohl eine sehr notwendige Einrichtung ist, da bekanntlich in hiesigen Betrieben mitunter schauerhafte Zustände herrschen. Die Filiale stellt hierzu zwei Mann, deren Wahl vorgenommen wurde. Die Petition betraf des Gewerkschafters Metze (welcher zugleich besoldeter Geschäftsführer des Fabrikantenvereins ist) wurde, wie aus dem Kartellbericht zu entnehmen war, von der Kreishauptmannschaft auch abschlägig beschieden. Der Aufsenweg wird jedoch weiter verfolgt werden. Auch wird aufgegeben, den 1. Mai möglichst mit Arbeitsruhe zu feiern. In nächster Zeit wird eine Extraversammlung stattfinden, in welcher über gewerbliche Streitigkeiten gesprochen werden soll.

Sudau (Bez. Liegnitz). Die erste öffentliche Versammlung für die hiesige Textilarbeiterzeitung konnte endlich am Sonntag den 1. April im nahen Neustädtel stattfinden. Trotz aller Bemühungen ist es uns bisher noch nicht gelungen, einen Saal zu gewinnen. Herr Töpfer, Besitzer des „Schützenhauses“, der uns seine Zusage gegeben, wurde gruselig gemacht, und er zog dieselbe wieder zurück. Und das Bürgerturn von Neustädtel beglückwünschte sich, daß es nochmals gelungen war, das Städtchen vor einer großen Gefahr zu beschützen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen! Ein Tischlermeister, Herr Fabig, stellte uns, zur großen Bestürzung einiger biederer Spießbürger, seine — Werkstatt zur Verfügung. Um nun schnell noch zu retten, was zu retten war, berief der Kriegerverein zur festgesetzten Stunde eine Mitgliederversammlung ein, und, um besonderen Zugang zu erhalten, mit Freitritt. Abdruck hat uns das allerdings nicht gelungen. Denn schon lange vor der festgesetzten Zeit war die Werkstatt bis auf das letzte Winkelchen besetzt. Kopf an Kopf drängten sich gegen 175 Personen in dem nicht allzu großen Raum. Bürgermeister überwachenden Beamten hatte sich auch der Herr Bürgermeister in höchst eigener Person eingefunden. Kurz nach 4 Uhr wurde die Versammlung eröffnet. Das Referat über das Thema „Des Arman Freund und Feind“ hatte Geleiter Kollege Otto Frisch übernommen. Unter kurzer Bezugnahme auf die Schwierigkeiten, die uns bei dem Bestreben, ein Lokal zu gewinnen gemacht werden, begann Kollege Frisch seinen Vortrag mit den unter großer Heiterkeit und Bravorufen aufgenommenen Worten: „Wir Sozialen, ei verdimmian, mir sein verfluchte Brider,

aus'n „Schützenhaus“ word'n mer rausgetoan, bei der Humelhand sah'n mer uns wieder.“ In der lehrhaftesten Weise, die Hand zahlreicher Beispiele und Erfahrungen schilderte der Redner sodann die überaus traurige Lage der arbeitenden Klasse. Man wisse wohl immer auf die Sozial-Gesetzgebung, auf die sogenannten „Arbeiterschutzgesetze“, das Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherungsgesetz hin, aber glücklich könne sich wohl jeder schätzen, der nicht in die Lage komme, die „Wohlthaten“ dieser Gesetze in Anspruch zu nehmen. Jeder Arbeiter wisse wohl von seinen Bekannten oder Verwandten, wie vieler Hin und Her es bedarf, wie schwer es ist, bei einem etwaigen Unfall oder Invalidität eine Rente zu erlangen. Trotzdem dieselbe ohnehin gewöhnlich schon so bemessen ist, daß selbige „zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“ bietet, so versucht man doch immer noch, dieselbe weiter zu fügen. Wurde doch einem Arbeiter, dem bei diesem Neubau ein Ziegel auf den Kopf gefallen und der dauernd in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt war, ein Teil der Rente wieder entzogen, weil seine Frau noch — Kinder bekam. Kindersegen, heisse es immer, sei Gottes Segen, beim Arbeiter ist eher das Gegenteil der Fall; einer kinderreichen Familie fällt es schon sehr schwer, den Normen zu entsprechen, von allem anderen abgesehen. Nach den Normen des kaiserlichen Gesundheitsamtes solle jede erwachsene Person täglich mindestens 150 Gramm Fleisch essen; das macht pro dreifache Familie nahezu täglich 1 Pfund. Welcher Arbeiter, und speziell in hiesiger Gegend bei Wohn-, Verdiensten von 8,50 und 9 Mk., könne sich das wohl leisten? Redner verbreitete sich des näheren über die Steuererhebung. Mit dem 1. März sei der neue Zolltarif, mit dem 1. April die neuen Handelsverträge in Kraft getreten, die wiederum eine erhebliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüterstände mit sich bringen. Da sei es doch wirklich an der Zeit, daß der Arbeiter einmal anfange, über seine Lage nachzudenken. Der Beamte, wenn er in Dienst tritt, wisse genau, so und soviel bekomme er, und in den und den Jahren sei er auf der und der Stufe angelangt. Beim Arbeiter aber, sobald seine besten Jahre vorüber und die Kräfte im Schwanden sind, da geht es auch mit dem Verdienst mehr und mehr bergab, ja, es ist überhaupt schwer, noch Arbeit zu bekommen. Der Kaufmann setzt die Preise für seine Waren fest, der Arbeiter aber, der seine Arbeitskraft verkauft, denkt nicht daran, oder aber sagt man ihm gegenüber nur: „So und soviel bekommst du.“ oder: „Bem's nicht paßt, der kann ja gehen.“ Der Arbeiter aber wechselt seine Arbeitsstelle nicht so gerne, wie z. B. eine Prinzessin ihr — Hemdchen. Der Arbeiter sucht vielmehr seine Lage zu verbessern, wie auch die Besizenden, wie Redner an verschiedenen Beispielen zeigt, immerwährend bemüht sind, die ihrige zu verbessern. Ein Direktor einer größeren Fabrik sagte zu ihm (dem Redner) einmal: „Ich bin nicht dazu da, den Arbeiter ihre Lage zu heben, meine Aufgabe ist, möglichst hohe Dividenden zu erzielen.“ Man sieht also, die Arbeiterschaft ist nur auf sich selber angewiesen, ihre Befreiung kann nur ihr eigenes Werk sein. Der einzelne aber ist machtlos, da heiße es, sich mit seinen Arbeitsbrüdern vereinigen, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren in den gewerkschaftlichen Organisationen. Hinweg mit allen kleinen Keisereien und Streitereien! Wie ein Mann müssen die Arbeiter zusammenstehen, wenn es gilt, ihre Interessen wahrzunehmen. Seinem Weib, seines Kindes sei es jeder einzelne schuldigen, für bessere Existenzbedingungen einzutreten, und das kann man nur, wenn man sich organisiert. Unsere Lösung muß lauten: „Einer für alle, alle für einen!“ Sinein in den Verband Deutscher Textilarbeiter! Redner schloß seinen anderthalbstündigen, oft mit dem lebhaftesten Beifall unterbrochenen Vortrag mit den Worten unseres Schiller im Schwur am Rüttel: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr, wir wollen sein wie die Väter waren, eher den Tod als in der Knechtschaft leben!“

In der nun folgenden Diskussion ergriff als erster Kollege Herm. Baumgart das Wort. Redner ging des näheren auf eine vor einigen Wochen im „Niederst. Anz.“ und „Sprottauer Wochenblatt“ aus Neustädtel stammenden Notiz ein, nach welcher in der Sudauer Spinnerei „gewissenlose Agitatoren“ am Werke seien, welche einen Streik „injetieren“ wollen, aber ohne Erfolg, die Arbeiterschaft sei eingetriben der vielen, für sie ohnehin und nach geschaffenen „Wohlfahrteinrichtungen“. Obwohl der „N. Anz.“ sofort aufgefordert wurde, Näheres über diese „Wohlfahrts“-einrichtungen zu berichten, habe er jedoch bisher noch nicht von sich hören lassen in dieser Sache, er wolle also alle Ursache zu haben zum Schweigen. Weiter wurde von den verschiedenen Rednern lebhaft Klage geführt über die mangelhafte Koch- resp. Wärmergeheimheit. Die Arbeiter müssen ihr Essen, wenn sie es nicht kalt genießen wollen, in den Wasserbehältern der Spinnmaschinen erwärmen; da komme es häufig vor, daß die Zäuche in den Eßgeschirren und das Mittagessen dadurch verderben wird und weggeschüttet werden muß. Wünschenswert sei auch nicht vorhanden, — oder doch. In einem Winkel sei eine alte Toilette aufgestellt, wo sich die Abwässer vom Dampf sammeln, dabeist werden die Stiefel gewaschen, wenn der Abort gereinigt wird. Mittags wird das Eßgeschirr darin aufgewaschen, anders wieder wärmen Kaffee darin, und wieder andere waschen sich Hände und auch Geschirre in dieser Zäuche. Die Behandlung von Seiten einiger Aufseher lasse viel zu wünschen übrig. Strafe schreiben sei an der Tagesordnung. So genannten „Arbeiter“-ausgaben seien nur die bestbezahlten Beamten usw. usw. Auch gegen die vielen Verleumdungen, denen wir hier ausgelegt sind, sind wir gefest in dieser Beziehung haben wir — mit Fürst Bülow zu reden — auch eine Rhinogeroshaut.

Das sind unsere „Wohlfahrts“-einrichtungen! rief man den Rednern immerwährend zu.

In seinem Schlußwort ging Kollege Frisch nochmals des näheren auf all diese schönen Sachen ein. Ihm sei vor kurzem gesagt worden, hier sei ein Verband nicht nötig, er habe aber aus der Diskussion ersehen, daß er sehr notwendig ist. Kollege Frisch gab seiner Freude Ausdruck, daß sich die hiesige Verwaltungsstelle in den wenigen Wochen ihres Bestehens so gut entwickelt hat, und wünscht, daß es nur so fortgehen möchte, trotzdem man sich alle Mühe gibt, das „Verbandla“ hier zu vernichten. Wir sind unausstöckbar, wo wir erst-Zug gefaßt haben, wade die — Wägen. Wenn auch übereifrige Beamte immer dabei sind, die Mitglieder ausfindig zu machen, so muß erst recht die Parole lauten: Sinein in das „Verbandla“!

Die sehr interessante verlaufene Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Eine Anzahl neuer Mitglieder ließ sich aufnehmen. Von den verschriebenen Seiten trat man mit dem Wunsch an uns heran, nur recht bald wieder eine so schöne Versammlung zu machen. Selbst dem Herrn Bürgermeister erschienen es gefallen zu haben, denn er hielt sich noch eine ganze Zeitlang nach der Versammlung in unserem „Kofale“ auf. — Und nun, Kollegen, Kolleginnen: Frisch auf! Weiter Vorwärts!

Steht fest und treu zu heiligem Bunde,
Der schöner Zukunft Bahnen drückt!
Nacht auch noch manche schwere Stunde,
Euch ist der Sieg, verzaget nicht!
Bgt.